Europäisches Parlament
2024-2029

Sonderausschuss für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie

2025/2069(INI)

12.2.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 324 - 595

Entwurf eines Berichts
Tomas Tobé
(PE775.431v01-00)

Feststellungen und Empfehlungen des Sonderausschusses für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie
(2025/2069(INI))

Änderungsantrag 324
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien ***Eckpfeiler der europäischen Lebensweise sind***, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger ***und*** hochwertiger Journalismus ***ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische*** Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ***ist***;	V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind***, Eckpfeiler demokratischer, widerstandsfähiger Gesellschaften sind***; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger***,*** hochwertiger Journalismus***, der im Einklang mit den höchsten professionellen Standards der Genauigkeit, Fairness und Integrität ausgeübt wird, einen starken Schutz vor ausländischer*** Informationsmanipulation ***und Einflussnahme*** und Einmischung sowie Desinformation ***bietet und eine wesentliche Säule für eine informierte, kritische und engagierte Bürgerschaft sowie für das ordnungsgemäße Funktionieren demokratischer Gesellschaften insgesamt darstellt***;

Or. en

Änderungsantrag 325
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität ***der*** Medien Eckpfeiler der europäischen Lebensweise sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und	V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität ***faktenbasierter*** Medien Eckpfeiler der europäischen Lebensweise sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und

hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;	hochwertiger Journalismus***, darunter auch von Medien und Journalisten im Exil,*** ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist; ***in der Erwägung, dass Online-Plattformen von Medieninhalten profitieren, indem sie Werbeeinnahmen monopolisieren; in der Erwägung, dass diese Einnahmen genutzt werden müssen, um pluralistische, faktenbasierte Medien in der EU aufrechtzuerhalten;***

Or. en

Änderungsantrag 326
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und ***Pluralität der Medien*** Eckpfeiler der europäischen ***Lebensweise sind, die*** in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;	V. in der Erwägung, dass die Freiheit ***der Meinungsäußerung*** und ***der Medienpluralismus*** Eckpfeiler ***des gemeinsamen europäischen Erbes und der universellen Menschenrechte sind, wie sie in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie in Artikel 10*** der Europäischen ***Menschenrechtskonvention und auch*** in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;

Or. en

Änderungsantrag 327
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler der europäischen Lebensweise sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;	V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler der europäischen Lebensweise sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist; ***in der Erwägung, dass Freiheit und Pluralismus der Medien nur erreicht werden können, wenn das Gleichgewicht im Medienökosystem wiederhergestellt wird, damit für ein florierendes, vielfältiges journalistisches Umfeld gesorgt ist;***

Or. en

Änderungsantrag 328
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler der ***europäischen Lebensweise sind, die in*** Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ***verankert*** sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;	V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler der ***Freiheit der Meinungsäußerung gemäß*** Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist; ***in der Erwägung, dass hochwertige Medien***

aufgrund sinkender Werbeeinnahmen und der eingeschränkten Anzeige ihrer Inhalte auf Online-Plattformen mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert sind;

Or. en

Änderungsantrag 329
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien ***Eckpfeiler der europäischen Lebensweise sind, die*** in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger ***und*** hochwertiger Journalismus ***ein*** wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ***ist***;	V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert ***und Eckpfeiler unserer demokratischen, widerstandsfähigen Gesellschaften*** sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger***,*** hochwertiger ***gut finanzierter und gewerblich tragfähiger*** Journalismus ***auch als*** wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ***eine wichtige Rolle spielen und ein Instrument sein kann, das für sachkundige Entscheidungsfindung benötigt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 330
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler der	V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler der

europäischen Lebensweise sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger ***und hochwertiger*** Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;	europäischen Lebensweise sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist; ***in der Erwägung, dass Zuschüsse und Finanzmittel ein Abhängigkeitsrisiko bergen und eine potenzielle Bedrohung für die redaktionelle Unabhängigkeit darstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 331
Danilo Della Valle, Jonas Sjöstedt, Konstantinos Arvanitis, Li Andersson

Entschließungsantrag
Erwägung V

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler ***der europäischen Lebensweise*** sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;	V. in der Erwägung, dass die Freiheit und Pluralität der Medien Eckpfeiler ***demokratischer Gesellschaften*** sind, die in Artikel 11 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind; in der Erwägung, dass redaktionell unabhängiger und hochwertiger Journalismus ein wirksames Gegenmittel gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung sowie Desinformation ist;

Or. en

Änderungsantrag 332
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Erwägung V a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

Va. in der Erwägung, dass das US-amerikanische Privatunternehmen„NewsGuard“ Nachrichtenorganen sogenannte „Trust Scores“ (Bewertungen der Vertrauenswürdigkeit) zuweist, die zunehmend in Instrumente und Strategien der Union integriert werden und potenziell schwerwiegende Auswirkungen auf den Medienpluralismus, die Pressefreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung haben; in der Erwägung, dass diese Bewertungen den Großteil des Online-Nachrichtenverkehrs in Frankreich, Deutschland, Italien und weiteren Ländern abdecken und sich „NewsGuard“ damit de facto als „Vertrauensinfrastruktur“ für Online-Plattformen, öffentliche Einrichtungen und Werbetreibende positioniert; in der Erwägung, dass „NewsGuard“ mit Einrichtungen zusammenarbeitet, die mit der Europäischen Kommission in Verbindung stehen, etwa mit der Gemeinsamen Forschungsstelle, und dass die Bewertungen Browsern, Suchmaschinen, Plattformen und Projekten im Zusammenhang mit dem Europäischen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation angeboten werden und sich somit zu einem Teil des informellen Regulierungsinstrumentariums der Union in der Informationssphäre entwickeln; in der Erwägung, dass das Vorgehen privater Akteure, die Nachrichten und Informationen im Internet überwachen, bewerten oder einordnen, zu Bedenken hinsichtlich der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und des Potenzials, die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen und den Diskurs zu gestalten, führen, wodurch es zu Auswirkungen auf den Medienpluralismus, die öffentliche Debatte und die gerechte Behandlung verschiedener Nachrichtenquellen sowie die redaktionelle Unabhängigkeit kommt;

Or. en

Änderungsantrag 333
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung V a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	V a. in der Erwägung, dass die Nachrichtenmedienbranche mit beispiellosen Herausforderungen konfrontiert ist, die sich aus der Dominanz globaler Online-Plattformen und von KI-Systemen ergeben, die als Torwächter für Medieninhalte fungieren, genutzt werden, um Desinformation zu verbreiten und das Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen zu untergraben, Werbeeinnahmen umzulenken und gegen den Urheberrechtsschutz zu verstoßen, wodurch die Nachhaltigkeit der Medienbranche in Gefahr gebracht wird;

Or. en

Änderungsantrag 334
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung V a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	V a. in der Erwägung, dass die Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit sowie die Freiheit, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben, die Eckpfeiler des europäischen demokratischen Systems

und in Artikel 11 Absatz 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert sind;

Or. en

Änderungsantrag 335
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung V a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	V a. in der Erwägung, dass sich der Journalismus in erster Linie über transparente, überprüfbare und ethische Methoden definiert, darunter Faktenprüfung, Rechenschaftspflicht in Bezug auf Quellen, redaktionelle Unabhängigkeit und professionelle Standards, womit er sich eindeutig von Propaganda, Einflussnahme und staatlich geförderter Kommunikation unterscheidet;

Or. en

Änderungsantrag 336
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Erwägung V a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	V a. in der Erwägung, dass die Kommission im Rahmen ihrer Finanzierungspraktiken fast ausschließlich liberale und linksgerichtete Medien begünstigt, wodurch ein politisches Ungleichgewicht entsteht und die Medienlandschaft der EU verzerrt wird, womit ein De-facto-Verbot der Kritik an den Organen der Union und

ihren Entscheidungen wirksam durchgesetzt wird;

Or. en

Änderungsantrag 337
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung V a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	V a. in der Erwägung, dass das Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA) ein wichtiger Meilenstein für die Förderung einer unabhängigen und pluralistischen Medienlandschaft in ganz Europa ist, und zwar insbesondere durch die Einführung wesentlicher Garantien in Bezug auf die Verwaltung und Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien;

Or. en

Änderungsantrag 338
Stefano Cavedagna, Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Erwägung V a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	V a. in der Erwägung, dass öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Neutralität wahren müssen und nicht für Zwecke genutzt werden dürfen, die den Pluralismus oder die Qualität der öffentlichen Debatte untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 339
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Erwägung V b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Vb. in der Erwägung, dass die Europäische Union jährlich fast 80 Mio. EUR für Projekte mit Medienbezug bereitstellt – darunter etwa 40 Mio. EUR, die seit 2017 über die IMREG (Informationsmaßnahmen zur Kohäsionspolitik) zur Unterstützung kohäsionspolitischer Kampagnen bereitgestellt wurden, die von öffentlichen Rundfunkanstalten und Nachrichtenagenturen wie ANSA und EFE durchgeführt werden – sowie 27 Mio. EUR für die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO), um Netzwerke zur Bekämpfung von Desinformation zu finanzieren, wobei es zu Überschneidungen mit EU-freundlichen Medienpartnerschaften kommt;

Or. en

Änderungsantrag 340
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung V b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Vb. in der Erwägung, dass audiovisuelle Medien mit Sitz in der EU strengeren Anforderungen unterliegen als diejenigen, die dem europäischen Publikum aus Drittländern über andere Empfangswege (digital oder satellitengestützt) zur Verfügung stehen, was es den audiovisuellen Medien unter der redaktionellen Kontrolle

ausländischer Regierungen – namentlich „Staatsmedien“ – ermöglicht hat, ihre Inhalte rechtmäßig und mit sehr geringen Aufsichts- und Rechenschaftspflichten zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 341
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung V b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Vb. in der Erwägung, dass die Medien eine demokratische Funktion erfüllen, die sich von der Funktion gewöhnlicher gewerblicher Unternehmen unterscheidet; in der Erwägung, dass solide Schutzvorkehrungen erforderlich sind, um die redaktionelle Unabhängigkeit zu schützen, insbesondere in Fällen von Eigentumskonzentration, Übernahmen oder Änderungen in Bezug auf die Kontrolle; in der Erwägung, dass Journalisten und Redaktionsteams nach Übernahmen Druck, Einflussnahme oder der Aushöhlung von Redaktionsstatuten ausgesetzt sein können;

Or. en

Änderungsantrag 342
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung W

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
W. in der Erwägung, dass im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte App-	W. ***in der Erwägung, dass das Gesetz über digitale Märkte ein wesentliches***

Entwickler, die ihre Apps über App-Stores anbieten, die Kunden kostenlos über alternative Angebote außerhalb der App-Stores informieren können sollten; in der Erwägung, dass die Kommission eine Untersuchung eines möglichen Verstoßes gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google eingeleitet hat, da es die Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen herabgestuft hat; in der Erwägung, dass die Kommission am 3. Juli 2025 ihre erste Überprüfung des Gesetzes über digitale Märkte eingeleitet hat;	***Regulierungsinstrument ist, um für faire digitale Märkte zu sorgen und den Medienpluralismus zu schützen; in der Erwägung, dass bei der Umsetzung des Gesetzes über digitale Märkte nach wie vor Herausforderungen bestehen; in der Erwägung, dass die Kommission derzeit das Gesetz über digitale Märkte überprüft;*** in der Erwägung, dass im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte App-Entwickler, die ihre Apps über App-Stores anbieten, die Kunden kostenlos über alternative Angebote außerhalb der App-Stores informieren können sollten; in der Erwägung, dass die Kommission eine Untersuchung eines möglichen Verstoßes gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google eingeleitet hat, da es die Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen herabgestuft hat; in der Erwägung, dass die Kommission am 3. Juli 2025 ihre erste Überprüfung des Gesetzes über digitale Märkte eingeleitet hat;

Or. en

Änderungsantrag 343
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung W

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
W. in der Erwägung, dass im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte App-Entwickler, die ihre Apps über App-Stores anbieten, die Kunden kostenlos über alternative Angebote außerhalb der App-Stores informieren können sollten; in der Erwägung, dass die Kommission eine Untersuchung eines möglichen Verstoßes gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google eingeleitet hat, da es die Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen herabgestuft hat; in der Erwägung, dass die Kommission am 3. Juli	W. in der Erwägung, dass im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte App-Entwickler, die ihre Apps über App-Stores anbieten, die Kunden kostenlos über alternative Angebote außerhalb der App-Stores informieren können sollten; in der Erwägung, dass die Kommission eine Untersuchung eines möglichen Verstoßes gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google eingeleitet hat, da es die Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen herabgestuft hat; in der Erwägung, dass die Kommission am 3. Juli

2025 ihre erste Überprüfung des Gesetzes über digitale Märkte eingeleitet hat;	2025 ihre erste Überprüfung des Gesetzes über digitale Märkte eingeleitet hat; ***in der Erwägung, dass die „Übersicht mit KI“ der Suchergebnisse von Google die Frage des Urheberrechtsschutzes in Bezug auf alle Websites, die als Quelle genutzt werden, sowie die Frage aufwirft, ob Google als Ersteller von Inhalten gelten könnte;***

Or. en

Änderungsantrag 344
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung W

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
W. in der Erwägung, dass im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte App-Entwickler, die ihre Apps über App-Stores anbieten, die Kunden kostenlos über alternative Angebote außerhalb der App-Stores informieren können sollten; in der Erwägung, dass die Kommission eine Untersuchung eines möglichen Verstoßes gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google eingeleitet hat, da es die Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen herabgestuft hat; in der Erwägung, dass die Kommission am 3. Juli 2025 ihre erste Überprüfung des Gesetzes über digitale Märkte eingeleitet hat;	W. in der Erwägung, dass im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte App-Entwickler, die ihre Apps über App-Stores anbieten, die Kunden kostenlos über alternative Angebote außerhalb der App-Stores informieren können***, aber nicht dazu verpflichtet sein*** sollten; in der Erwägung, dass die Kommission eine Untersuchung eines möglichen Verstoßes gegen das Gesetz über digitale Märkte durch Google eingeleitet hat, da es die Inhalte von Medienverlagen in den Suchergebnissen herabgestuft hat; in der Erwägung, dass die Kommission am 3. Juli 2025 ihre erste Überprüfung des Gesetzes über digitale Märkte eingeleitet hat;

Or. en

Änderungsantrag 345
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung X

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
X. in der Erwägung, dass ***die Mitgliedstaaten gemäß*** der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste verpflichtet sind, Maßnahmen zur Entwicklung von Medienkompetenz zu ergreifen und alle drei Jahre über ihre Bemühungen Bericht zu erstatten;	X. in der Erwägung, dass ***mit*** der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste ***audiovisuelle Mediendienste reguliert werden, wodurch der Verbraucherschutz auf dem Markt für audiovisuelle Medien gewährleistet und weiteren Zielen von öffentlichem Interesse auf diesem Markt Rechnung getragen wird; in der Erwägung, dass die AVMD-Richtlinie es den Mitgliedstaaten auch ermöglicht, Maßnahmen zu ergreifen, um für eine angemessene Herausstellung audiovisueller Mediendienste von allgemeinem Interesse zu sorgen, um zu erreichen, dass sich der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu vertrauenswürdigen Nachrichten und Informationen, Inhalten zur Medienkompetenz und kulturell relevanten Programmen verbessert, und dass die die Mitgliedstaaten aufgrund der Richtlinie*** verpflichtet sind, Maßnahmen zur Entwicklung von Medienkompetenz zu ergreifen und alle drei Jahre über ihre Bemühungen Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 346
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung X

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
X. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste verpflichtet sind, Maßnahmen zur Entwicklung von Medienkompetenz zu ergreifen und alle drei Jahre über ihre Bemühungen Bericht zu erstatten;	X. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste verpflichtet sind, Maßnahmen zur Entwicklung von Medienkompetenz zu ergreifen und alle drei Jahre über ihre Bemühungen Bericht zu erstatten; ***in der Erwägung, dass die Kommission derzeit die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste bewertet und***

im November 2025 eine Aufforderung zur Einreichung von Beiträgen veröffentlicht hat, um die für 2026 geplante erneute Bewertung vorzubereiten;

Or. en

Änderungsantrag 347
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung X a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Xa. in der Erwägung, dass das Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA) ein wichtiger Meilenstein für die Förderung einer unabhängigen und pluralistischen Medienlandschaft in ganz Europa ist, und zwar insbesondere durch die Einführung wesentlicher Garantien in Bezug auf die Verwaltung und Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien; in der Erwägung, dass das Gesetz zwar seit dem 8. August 2025 angewendet werden muss, sich die Mitgliedstaaten aber nach wie vor in unterschiedlichen Stadien der Umsetzung befinden und dass in der EU auch weiterhin Herausforderungen bestehen, was die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien betrifft;

Or. en

Änderungsantrag 348
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung Y a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ya. in der Erwägung, dass es in Polen

im Jahr 2023 nur wenige Tage nach dem Regierungswechsel mit der Aussetzung von Fernseh- und Hörfunksignalen und der gewaltsamen Übernahme öffentlicher Medien zu einer beispiellosen und skandalösen Situation kam, die rechtswidrig war und in deren Rahmen auch Journalisten entlassen wurden, was bei den EU-Organen auf stillschweigende Zustimmung traf, was in Bezug auf die Standards, zu denen man sich in Bezug auf die Freiheit der Medien und Rechtsstaatlichkeit bekennt, von Zynismus und Heuchelei zeugt;

Or. en

Änderungsantrag 349
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung Y a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ya. in der Erwägung, dass im Europäischen Parlament eine Anhörung zu transnationaler Repression, die sich gegen Journalisten, Menschenrechtsverteidiger, politische Gegner und Mitglieder von Diaspora-Gemeinschaften mit Wohnsitz in der Union richtet, stattgefunden hat, in deren Rahmen Nachweise für systematische Einschüchterung, Überwachung und Schikane durch Behörden von Drittländern, darunter auch Akteure mit Verbindung zur Türkei, vorgelegt wurden; in der Erwägung, dass solche Praktiken eine ernsthafte Bedrohung für die Grundrechte, die demokratischen Freiheiten und die Rechtsstaatlichkeit in der EU darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 350
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Erwägung Y a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ya. in der Erwägung, dass öffentlich-rechtliche Mediendiensteanbieter eine wesentliche Rolle dabei spielen, den Zugang zu objektiven Informationen zu gewährleisten, den Pluralismus zu schützen, die Regierenden zu kontrollieren, staatliche Behörden zur Rechenschaft zu ziehen, Desinformation zu bekämpfen und eine fundierte demokratische Teilhabe zu ermöglichen; in der Erwägung, dass diese Aufgaben nur dann wirksam erfüllt werden können, wenn die institutionelle und redaktionelle Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt in vollem Umfang gewährleistet ist;

Or. en

Änderungsantrag 351
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Erwägung Y b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Yb. in der Erwägung, dass Erfahrungen in mehreren Mitgliedstaaten und weltweit zeigen, dass Versuche, öffentlich-rechtliche Medien zu vereinnahmen, einen ersten Schritt hin zu umfassenderen Rückschritten im Bereich der Demokratie darstellen können;

Or. en

Änderungsantrag 352
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung Z a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Za. in der Erwägung, dass die Reform der Agentur der Vereinigten Staaten von Amerika für internationale Entwicklung (USAID) zu erheblichen Kürzungen in einem Netzwerk von Medien, Faktenprüfern und Organisationen der Zivilgesellschaft und damit zu deren Auflösung geführt hat; in der Erwägung, dass dies mit der neuen transaktionalen Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika im Einklang steht; in der Erwägung, dass Europa nun mit den Folgen des Umstands konfrontiert ist, dass es einen Teil seiner demokratischen Resilienz internationalen Partnern und Nachbarländern anvertraut hat; in der Erwägung, dass die Europäische Union entsprechend aktiv geworden ist und inzwischen einige Lücken füllt, die durch das Aus von USAID entstanden sind; in der Erwägung, dass die Unterstützung priorisiert werden muss und der Schwerpunkt auf solchen Maßnahmen liegen muss, in deren Rahmen für die Bevölkerung die größte Wirkung erzielt wird; in der Erwägung, dass die Finanzierung auch eine sogenannte Kernfinanzierung umfassen muss, damit dafür gesorgt ist, dass die Mindestanforderungen in Bezug auf die Funktionsweise erfüllt sind;

Or. en

Änderungsantrag 353
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag

Erwägung AA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AA. in der Erwägung, dass die Arbeit von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) für die EU von strategischem Interesse ist; in der Erwägung, dass die EU nach der Reform der Außenhilfepolitik der Vereinigten Staaten Soforthilfe in Höhe von 5,5 Mio. EUR für seine Arbeit bewilligt hat; in der Erwägung, dass eine nachhaltige Finanzierungslösung für RFE/RL gefunden werden muss;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 354
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Erwägung AA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AA. in der Erwägung, dass die ***Arbeit von*** Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) ***für die EU von strategischem Interesse ist; in der Erwägung, dass die EU nach der Reform der Außenhilfepolitik der Vereinigten Staaten Soforthilfe in Höhe von 5,5 Mio. EUR für seine Arbeit*** bewilligt hat; ***in der Erwägung, dass eine nachhaltige Finanzierungslösung für RFE/RL gefunden werden muss;***	AA. in der Erwägung, dass die ***EU Soforthilfe in Höhe von 5,5 Mio. EUR für*** Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) bewilligt hat;

Or. en

Änderungsantrag 355
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AA. in der Erwägung, dass die Arbeit von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) für die EU von strategischem Interesse ist; in der Erwägung, dass die EU nach der Reform der Außenhilfepolitik der Vereinigten Staaten Soforthilfe in Höhe von 5,5 Mio. EUR für seine Arbeit bewilligt hat; in der Erwägung, dass eine nachhaltige Finanzierungslösung für RFE/RL ***gefunden*** werden muss;	AA. in der Erwägung, dass die Arbeit von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) für die EU von strategischem Interesse ist; in der Erwägung, dass die EU nach der Reform der Außenhilfepolitik der Vereinigten Staaten Soforthilfe in Höhe von 5,5 Mio. EUR für seine Arbeit bewilligt hat; in der Erwägung, dass eine nachhaltige Finanzierungslösung für RFE/RL ***sowie andere Medienorgane, die für die Stärkung der Souveränität und der demokratischen Bestrebungen in Nachbarländern von wesentlicher Bedeutung sind, etwa Belsat TV, Radio Racja und Charter 97, ausgearbeitet*** werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 356
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AA. in der Erwägung, dass die Arbeit von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) für die EU von strategischem Interesse ist; in der Erwägung, dass die EU nach der Reform der Außenhilfepolitik der Vereinigten Staaten Soforthilfe in Höhe von 5,5 Mio. EUR für seine Arbeit bewilligt hat; in der Erwägung, dass eine nachhaltige Finanzierungslösung für RFE/RL gefunden werden muss;	AA. in der Erwägung, dass die Arbeit von Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) für die EU von strategischem Interesse ist; in der Erwägung, dass die EU nach der Reform der Außenhilfepolitik der Vereinigten Staaten Soforthilfe in Höhe von 5,5 Mio. EUR für seine Arbeit bewilligt hat; in der Erwägung, dass eine nachhaltige Finanzierungslösung für RFE/RL gefunden werden muss; ***in der Erwägung, dass RFE/RL in Bezug auf den Umfang seiner sprachlichen Abdeckung einzigartig war;***

Or. en

Änderungsantrag 357
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AB

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten;	AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten; ***in der Erwägung, dass Verbote, die offline gelten, auch online gelten sollten; in der Erwägung, dass jede Nachahmung bestehender Medien Identitätsdiebstahl darstellt und als solcher von den Justizbehörden verfolgt werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 358
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AB

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten;	AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien ***(„Doppelgänger"-Kampagne)***, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten; ***in der***

Erwägung, dass im Rahmen von Desinformationskampagnen im Stil der „Doppelgänger“-Kampagne bestehende Medienquellen nachgeahmt und das geistige Eigentum sowie der Bekanntheitsgrad dieser Medienquellen ausgenutzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 359
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle, Jonas Sjöstedt, Li Andersson

Entschließungsantrag
Erwägung AB

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten;	AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten; ***in der Erwägung, dass Journalisten besonders gefährdet sind, sowohl im Ausland als auch im Inland überwacht zu werden;***

Or. en

Änderungsantrag 360
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AB

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von	AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von

Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten;	Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten; ***in der Erwägung, dass festgestellt werden muss, ob KI-generierte Zusammenfassungen, die journalistische Inhalte enthalten, mit dem EU-Recht im Einklang stehen;***

Or. en

Änderungsantrag 361
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AB

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten;	AB. in der Erwägung, dass neue Technologien wie KI die Arbeitsbedingungen und -methoden von Journalisten verbessern können, sie aber auch neuen Bedrohungen aussetzen können, beispielsweise schnellen und billigen Kopien bestehender ***glaubwürdiger*** Medien, der massenhaften Schaffung von Desinformationskanälen und koordinierten Angriffen auf Journalisten;

Or. en

Änderungsantrag 362
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AB a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ABa. in der Erwägung, dass die

	Entwicklung von Diensten zur Monetarisierung von Plattformen dazu geführt hat, dass Herausgeber und Ersteller von Inhalten das Eigentum und die Kontrolle über das Werbeinventar, das ihren Inhalten beigefügt ist, verlieren; in der Erwägung, dass durch unfaire Bedingungen für die Monetarisierung von Plattformen der Verkauf von Werbung gegen solche Inhalte ohne die Einwilligung der Urheber oder eine angemessene Vergütung möglich werden kann, wodurch die Berechenbarkeit der Einnahmen und die Tragfähigkeit unabhängiger Medien, die dem öffentlichen Interesse dienen, und von Erstellern authentischer Inhalte unterlaufen werden und eine potenzielle Gefahr dahin gehend besteht, dass neben Inhalten von Medien und von Erstellern authentischer Inhalte Werbung platziert wird, die nicht mit deren Werten im Einklang steht oder deren Glaubwürdigkeit durch Assoziierung schaden könnte;

Or. en

Änderungsantrag 363
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AC

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AC. in der Erwägung, dass der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verdeutlicht, wie wichtig die Rolle der Zivilgesellschaft in Krisensituationen ist, insbesondere wenn es darum geht, humanitäre Hilfe zu leisten, die Grundbedürfnisse zu decken und den Fortbestand des täglichen Lebens der betroffenen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 364
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AC

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AC. in der Erwägung, dass der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verdeutlicht, wie wichtig die Rolle der Zivilgesellschaft in Krisensituationen ist, insbesondere wenn es darum geht, humanitäre Hilfe zu leisten, die Grundbedürfnisse zu decken und den Fortbestand des täglichen Lebens der betroffenen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen;	AC. in der Erwägung, dass der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verdeutlicht, wie wichtig die Rolle der Zivilgesellschaft in Krisensituationen ist, insbesondere ***in Bezug auf angemessene Reaktionen auf Bedrohungen, einschließlich solcher in Zusammenhang mit Sabotage und Spionage,*** wenn es darum geht, humanitäre Hilfe zu leisten, die Grundbedürfnisse zu decken und den Fortbestand des täglichen Lebens der betroffenen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 365
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AC a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ACa. in der Erwägung, dass öffentliches Aufsichtsmaterial Bedenken dahin gehend aufgeworfen hat, dass bestimmte von der EU unterstützte Orientierungsrahmen zu Terrorismusbekämpfung / „grenzwertigen Inhalten“ breite Kategorien des rechtmäßigen politischen Diskurses als verdächtige Kategorien eingestuft haben, die somit herabgestuft oder auch beschränkt werden könnten, darunter „populistische Rhetorik“, „gegen Regierungen/die EU gerichtete Inhalte", „politische Satire“ und „Meme-

Subkultur“, womit die Gefahr einhergeht, dass rechtmäßige demokratische Auseinandersetzungen mit Sicherheitsbedrohungen gleichgesetzt und die Schutzbestimmungen von Artikel 11 der Charta unterlaufen werden;

Or. en

Änderungsantrag 366
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AC a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ACa. in der Erwägung, dass die lokalen Gebietskörperschaften eine wesentliche Rolle bei der Politikgestaltung und der Erbringung sozialer und kommunaler Dienstleistungen, bei der Sensibilisierung für die wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen, bei der Aufdeckung böswilliger Einflussnahme in festen Gemeinschaften und bei der Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz spielen;

Or. en

Änderungsantrag 367
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AC a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ACa. in der Erwägung, dass die anhaltenden Angriffe der Trump-Regierung auf die Zivilgesellschaft und Beamte, die das Gesetz über digitale Dienste durchsetzen, die demokratische Integrität und die Regulierungsautonomie

der EU in ihrem Kern bedrohen;

Or. en

Änderungsantrag 368
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Erwägung AD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch eine wesentliche Rolle spielt, wenn es darum geht, zur Politikgestaltung beizutragen, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen;	AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch eine wesentliche Rolle spielt, wenn es darum geht, zur Politikgestaltung beizutragen, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen; ***in der Erwägung, dass oft nur ein schmaler Grat liegt zwischen gemeinnützigen Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft einerseits und Aktivitäten, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung und Wahlen zu manipulieren, um Wahlen und die gesellschaftspolitische Stimmung zu beeinflussen, andererseits, wobei zu letzteren auch die Verbreitung von Desinformation, die Ausnutzung von Massenpanik und sozialer Ansteckung sowie psychologische Manipulation zählen; in der Erwägung, dass sich einige Organisationen der Zivilgesellschaft speziell darauf konzentrieren, Wahlen und die politische Stimmung in der Gesellschaft zu beeinflussen, wobei sie mitunter direkt oder über eine Kette von Einrichtungen, die in vielen Fällen aus Drittländern stammen, stattlich finanziert werden;***

Or. en

Änderungsantrag 369
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch eine wesentliche Rolle spielt, wenn es darum geht, zur Politikgestaltung beizutragen, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen;	AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch eine wesentliche Rolle spielt, wenn es darum geht, zur Politikgestaltung ***und zu patriotischen Maßnahmen*** beizutragen, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen ***und die Resilienz auszubauen, was sich in der Bereitschaft der Bürger niederschlagen dürfte, sich in vielfältiger Weise für die Sicherheit des Staates einzusetzen und zu engagieren***, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 370
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung AD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch eine wesentliche Rolle spielt, wenn es darum geht, zur Politikgestaltung beizutragen, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen;	AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch eine wesentliche Rolle spielt, wenn es darum geht, zur Politikgestaltung beizutragen, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen ***sowie durch öffentliche und demokratische Kontrolle dafür zu sorgen,***

dass Regierungen transparent agieren und Rechenschaft ablegen;

Or. en

Änderungsantrag 371
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung AD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch ***eine wesentliche Rolle spielt, wenn es darum geht, zur Politikgestaltung beizutragen***, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen;	AD. in der Erwägung, dass die Zivilgesellschaft auch ***dazu beiträgt***, soziale und kommunale Dienste zu erbringen, das Bewusstsein für wichtige soziale Fragen zu schärfen, verschiedene Gruppen in prekären Situationen zu vertreten und die Grundrechte der Bürger zu fördern und zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 372
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Erwägung AD a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ADa. in der Erwägung, dass bestimmte nichtstaatliche Organisationen erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung in der Union ausüben und gleichzeitig EU-Mittel in wesentlicher Höhe erhalten, obwohl sie keinen Wählerauftrag innehaben, der aus einem demokratischen Prozess entstanden wäre; in der Erwägung, dass Bürgern und Mitgliedern des Parlaments häufig nur teilweiser Zugang zu einschlägigen Verträgen gewährt wird, wodurch die

Rechenschaftspflicht für die Verwendung von Steuergeldern untergraben wird;

Or. en

Änderungsantrag 373
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Erwägung AD b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ADb. in der Erwägung, dass der Europäische Rechnungshof schwerwiegende Mängel bei der Transparenz, Klassifizierung und Überwachung solcher Finanzierungen festgestellt hat, darunter nicht offengelegte Interessenvertretungstätigkeiten und unzureichende Kontrollen der finanziellen Abhängigkeit;

Or. en

Änderungsantrag 374
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AE

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AE. in der Erwägung, dass die Kommission die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft veröffentlicht hat***, die*** die in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie dargelegten Maßnahmen ergänzen soll; in der Erwägung, dass in der EU-Strategie für die Zivilgesellschaft bestätigt wird, dass die Plattform der Zivilgesellschaft, die die Kommission angekündigt hat und die im Rahmen der Umsetzung der Strategie eingerichtet	AE. in der Erwägung, dass die Kommission die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft veröffentlicht hat ***und vorgibt, dass diese*** die in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie dargelegten Maßnahmen ergänzen soll; in der Erwägung, dass in der EU-Strategie für die Zivilgesellschaft bestätigt wird, dass die Plattform der Zivilgesellschaft, die die Kommission angekündigt hat und die im Rahmen der Umsetzung der Strategie

werden soll, einen beständigen und strukturierten Rahmen für den Schutz und die Förderung der Werte der EU ***sowie die Optimierung und Stärkung des Engagements für Grundrechte, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit bieten und 2026 einsatzbereit*** sein wird; in der Erwägung, dass die Strategie ***auch die Einrichtung*** einer ***Online-Wissensplattform zum Thema zivilgesellschaftlicher Raum beinhaltet, die bestehende Initiativen, Berichte und Schutzressourcen zur Überwachung des zivilgesellschaftlichen Raums auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in Zusammenarbeit mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte dokumentieren sollte***;

eingerichtet werden soll, einen beständigen und strukturierten Rahmen für den Schutz und die Förderung der Werte der EU sein wird; in der Erwägung, dass die ***Schaffung solcher zentral gesteuerter Rahmenbedingungen berechtigte Bedenken hinsichtlich der politischen Neutralität, der demokratischen Rechenschaftspflicht und der Einhaltung der Verträge aufwirft; in der Erwägung, dass ernsthafte Bedenken dahin gehend bestehen, dass die Umsetzung der*** Strategie ***de facto zu übermäßigen Einschränkungen der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Informationsempfang und -verbreitung führen wird, indem sie der Institutionalisierung von Mechanismen zur Inhaltsüberwachung und „Wahrheitsbewertung“ Tür und Tor öffnet, einschließlich durch die Auslagerung der Inhaltsbewertung an von der Kommission finanzierte Stellen, die dann in der Praxis entscheiden, welche Äußerungen zulässig sind und welche nicht, was wahr ist und was nicht, was Desinformation darstellt und welche Inhalte als zulässig gelten, womit sensible Entscheidungen von demokratisch rechenschaftspflichtigen Institutionen auf externe Akteure verlagert würden, was zu*** einer ***schrittweisen Ausweitung des Einflusses der Kommission über die ihr durch die Verträge und die Rechtsordnung übertragenen Zuständigkeiten hinaus führen würde***;

Or. en

Änderungsantrag 375
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AE

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AE. in der Erwägung, dass die Kommission die EU-Strategie für die	AE. in der Erwägung, dass die Kommission***, die lediglich unterstützend***

Zivilgesellschaft veröffentlicht hat, die die in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie dargelegten Maßnahmen ergänzen soll; in der Erwägung, dass in der EU-Strategie für die Zivilgesellschaft bestätigt wird, dass die Plattform der Zivilgesellschaft, die die Kommission angekündigt hat und die im Rahmen der Umsetzung der Strategie eingerichtet werden soll, einen beständigen und strukturierten Rahmen für den Schutz und die Förderung der Werte der EU sowie die Optimierung und Stärkung des Engagements für Grundrechte, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit bieten und 2026 einsatzbereit sein wird; in der Erwägung, dass die Strategie auch die Einrichtung einer Online-Wissensplattform zum Thema zivilgesellschaftlicher Raum beinhaltet, die bestehende Initiativen, Berichte und Schutzressourcen zur Überwachung des zivilgesellschaftlichen Raums auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in Zusammenarbeit mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte dokumentieren sollte;

tätig sein sollte, die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft veröffentlicht hat, die die in der gemeinsamen Mitteilung über den Europäischen Schutzschild für die Demokratie dargelegten Maßnahmen ergänzen soll; in der Erwägung, dass in der EU-Strategie für die Zivilgesellschaft bestätigt wird, dass die Plattform der Zivilgesellschaft, die die Kommission angekündigt hat und die im Rahmen der Umsetzung der Strategie eingerichtet werden soll, einen beständigen und strukturierten Rahmen für den Schutz und die Förderung der Werte der EU sowie die Optimierung und Stärkung des Engagements für Grundrechte, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit bieten und 2026 einsatzbereit sein wird; in der Erwägung, dass die Strategie auch die Einrichtung einer Online-Wissensplattform zum Thema zivilgesellschaftlicher Raum beinhaltet, die bestehende Initiativen, Berichte und Schutzressourcen zur Überwachung des zivilgesellschaftlichen Raums auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene in Zusammenarbeit mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte dokumentieren sollte;

Or. en

Änderungsantrag 376
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AE a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AEa. in der Erwägung, dass das Parlament seine tiefe Besorgnis über den zunehmend kleiner werdenden zivilgesellschaftlichen Raum und die zunehmende Verfolgung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der EU zum Ausdruck gebracht und

festgestellt hat, dass diese Gruppen einer ganzen Reihe von Bedrohungen ausgesetzt sind, darunter rechtliche und finanzielle Einschränkungen, Finanzierungsaussetzungen, Verleumdungskampagnen, Einschüchterung und Kriminalisierung;

Or. en

Änderungsantrag 377
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AE a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AEa. in der Erwägung, dass die Organe der Union, einschließlich der Kommission, bei der Unterstützung von Initiativen der Zivilgesellschaft, der Medien oder der öffentlichen Kommunikation politische Neutralität wahren und vermeiden müssen, dass der Eindruck entsteht oder der Fall eintritt, dass nationale politische Debatten durch gezielte Finanzierung oder Unterstützung durch Interessenvertretung gestaltet werden;

Or. en

Änderungsantrag 378
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AE b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AEb. in der Erwägung, dass die finanzielle Unterstützung von Religions-, Bildungs- und Interessenvertretungsstrukturen in der Union zu Abhängigkeiten und

Einflusskanälen führen kann, die in vielen Fällen zwar rechtmäßig sind, aber Transparenz und Kontrolle im Zusammenhang mit der Resilienz gegenüber Einflussnahme aus dem Ausland erforderlich machen; in der Erwägung, dass solche Risiken im Zusammenhang mit Finanzierungsströmen entstehen können, die aus den Golfstaaten und von anderen externen Akteuren stammen;

Or. en

Änderungsantrag 379
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AE c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AEc. in der Erwägung, dass sich öffentliche Finanzierungsmechanismen, einschließlich der von den Organen der Union bereitgestellten Mechanismen, unbeabsichtigt auf die Medienlandschaft und die Zivilgesellschaft auswirken können, indem sie Anreize, Prioritäten oder Abhängigkeitsstrukturen beeinflussen; in der Erwägung, dass die Aufrechterhaltung des Pluralismus voraussetzt, dass die Zuweisung dieser Unterstützung auf transparente und ausgewogene Weise und unter Wahrung der institutionellen Neutralität erfolgt;

Or. en

Änderungsantrag 380
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AE d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AEd. in der Erwägung, dass die öffentliche Finanzierung durch die Organe der Union zu Anreizen in der Medienlandschaft und bei der Zivilgesellschaft führen kann; in der Erwägung, dass daher Transparenz, Neutralität und Pluralismus sichergestellt werden müssen, um eine strukturelle Abhängigkeit oder indirekte Einflussnahme auf den demokratischen Diskurs zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 381
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AE e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AEe. in der Erwägung, dass die Organe der Union durch öffentliche Kommunikation, Finanzierungsprogramme, Sensibilisierungskampagnen und Initiativen zur Vermittlung strategischer Botschaften selbst Teil des Informationsumfelds sind; in der Erwägung, dass bei derartigen Aktivitäten strikt die Neutralität, Transparenz und Verhältnismäßigkeit geachtet werden müssen, um zu verhindern, dass der Eindruck einer institutionellen Ausrichtung auf bestimmte politische Narrative entsteht;

Or. en

Änderungsantrag 382
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag

Erwägung AE f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AEf. in der Erwägung, dass konfessionell gebundene Organisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften einen festen Bestandteil der europäischen Zivilgesellschaft bilden und zum sozialen Zusammenhalt beitragen; in der Erwägung, dass sie nicht allein aufgrund ihrer religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen diskriminiert, verstärkt kontrolliert oder von der öffentlichen Beteiligung ausgeschlossen werden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 383
Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AF

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AF. in der Erwägung, dass das von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgeschlagene Programm AgoraEU mit einem veranschlagten Budget von 9 Mrd. EUR einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der Unterstützung der EU für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft darstellt;	***entfällt***

Or. fr

Änderungsantrag 384
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AF

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AF. in der Erwägung, dass das von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgeschlagene Programm AgoraEU mit einem veranschlagten Budget von 9 Mrd. EUR einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der Unterstützung der EU für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft darstellt;	AF. in der Erwägung, dass das von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgeschlagene Programm AgoraEU mit einem veranschlagten Budget von 9 Mrd. EUR einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der Unterstützung der EU für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft darstellt; ***in der Erwägung, dass die Kommission die Mitgliedstaaten oder deren Organe in diesem Bereich nicht ersetzen kann; in der Erwägung, dass es angesichts der jüngsten Skandale und der Kritik an der Vorgehensweise der Kommission, nichtstaatliche Organisationen zu finanzieren, damit sie zugunsten umstrittener Maßnahmen, die von der Kommission selbst vorangebracht werden, Lobbyarbeit betreiben, erforderlich ist, dass eine solche Finanzierung einer strengeren Kontrolle und vollständiger Transparenz unterliegt;***

Or. en

Änderungsantrag 385
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AF

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AF. in der Erwägung, dass das von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgeschlagene Programm AgoraEU mit einem ***veranschlagten*** Budget von 9 Mrd. EUR einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der Unterstützung der EU für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft darstellt;	AF. in der Erwägung, dass das von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgeschlagene Programm AgoraEU mit einem ***vorgeschlagenen*** Budget von 9 Mrd. EUR einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der Unterstützung der EU für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft darstellt; ***in der Erwägung, dass die Mittel für die demokratische Resilienz aufgestockt***

werden müssen, um dem Bedarf gerecht zu werden, und dass sie strategisch auf abgestimmte Weise eingesetzt werden müssen, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen; in der Erwägung, dass dies unbedingt unter nachweislicher Wahrung der Unabhängigkeit der finanzierten Einrichtungen geschehen muss;

Or. en

Änderungsantrag 386
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Erwägung AF

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AF. in der Erwägung, dass das von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgeschlagene Programm AgoraEU mit einem ***veranschlagten*** Budget von 9 Mrd. EUR einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der Unterstützung der EU für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft darstellt;	AF. in der Erwägung, dass das von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgeschlagene Programm AgoraEU mit einem ***vorgeschlagenen*** Budget von 9 Mrd. EUR einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der Unterstützung der EU für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft darstellt; ***in der Erwägung, dass die Mittel für die demokratische Resilienz aufgestockt werden müssen, um dem Bedarf gerecht zu werden, und dass sie strategisch auf abgestimmte Weise eingesetzt werden müssen, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen;***

Or. en

Änderungsantrag 387
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AF

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AF. in der Erwägung, dass ***das*** von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 ***vorgeschlagene*** Programm AgoraEU ***mit einem veranschlagten*** Budget von 9 Mrd. EUR ***einen wichtigen Schritt in Richtung Verstärkung der*** Unterstützung ***der EU*** für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft ***darstellt***;	AF. in der Erwägung, dass ***mit dem*** von der Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 ***vorgeschlagenen*** Programm AgoraEU***, für das vorläufig ein*** Budget von 9 Mrd. EUR ***vorgesehen ist, erhebliche Finanzmittel der EU für die*** Unterstützung für Kultur, Medien und die Zivilgesellschaft ***zugewiesen würden***; ***in der Erwägung, dass der Umfang und die Ziele dieses vorgeschlagenen Programms Anlass zu anhaltenden Debatten im Europäischen Parlament gegeben haben;***

Or. en

Änderungsantrag 388
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung AF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AFa. in der Erwägung, dass die Gesellschaften, in denen am wirksamsten in das Humankapital und die Bildung investiert wird, auch zu den wettbewerbsfähigsten, widerstandsfähigsten und wirtschaftlich solidesten gehören; in der Erwägung, dass mit Erasmus+, dem Vorzeigeprogramm der EU, das sich an den europäischen Werten orientiert, durch Mobilität und inklusive Bildung das demokratische Engagement junger Menschen und die gesellschaftliche Resilienz in der gesamten EU gestärkt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 389

Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AFa. in der Erwägung, dass die von der EU finanzierten Formate zur Bürgerbeteiligung und Einbeziehung, darunter Versammlungen, Workshops und Strukturen der Konsultation, bei denen nichtstaatliche Organisationen die Moderation übernehmen, nicht dazu verwendet werden dürfen, Zustimmung zu simulieren oder die Rechenschaftspflicht bei Wahlen zu umgehen; in der Erwägung, dass die Legitimität der demokratischen Entscheidungsfindung in erster Linie auf repräsentativen Organen und Wahlen beruht;

Or. en

Änderungsantrag 390
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AFa. in der Erwägung, dass die im Rahmen des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie formulierten Verpflichtungen finanziert und im Rahmen des MFR umgesetzt werden müssen; in der Erwägung, dass der Schutzschild für die Demokratie seinen Zweck nicht erfüllen wird, wenn die diesbezüglich eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des MFR nicht angemessen finanziert werden;

Or. en

Änderungsantrag 391
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Erwägung AF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AFa. in der Erwägung, dass die Finanzmittel der Union im Zusammenhang mit der Demokratie, den Medien und nichtstaatlichen Organisationen derzeit auf mehrere Instrumente und Durchführungsstellen verteilt sind, was eine umfassende Aufsicht erschwert und die öffentliche Kontrolle einschränkt;

Or. en

Änderungsantrag 392
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte	***entfällt***

Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 393
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung AG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;	AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen***; in der Erwägung, dass die Union in einem zunehmend unbeständigen geopolitischen Umfeld auch auf hybride Bedrohungen vorbereitet sein muss, die von anderen als diesen Akteuren ausgehen***; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 394
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;	AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben; ***in der Erwägung, dass derartige Angriffe zeigen, dass Schwachstellen dringend beseitigt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 395
Saskia Bricmont, Sandro Ruotolo, Krzysztof Brejza, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Lucia Yar, Diana Riba i Giner, Hannah Neumann, Chloé Ridel, Leoluca Orlando

Entschließungsantrag
Erwägung AG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AG. in der Erwägung, dass	AG. in der Erwägung, dass

Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;	Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben; ***in der Erwägung, dass derartige Angriffe zeigen, dass Schwachstellen dringend beseitigt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 396
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch ***mit*** Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen ***essenzielle*** Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität;	AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren ***aus Drittstaaten*** wie Russland und China, aber auch Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen ***strategische und kritische*** Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer ***modernen*** Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher

in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;	Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 397
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;	AG. in der Erwägung, dass Hybridangriffe auf kritische Infrastrukturen in der EU immer häufiger vorkommen, wobei Vorfälle mit denselben böswilligen Akteuren wie Russland***, Belarus*** und China, aber auch mit Iran und Nordkorea in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Angriffe häufig gegen essenzielle Systeme, Netzwerke und Einrichtungen gerichtet sind, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich öffentlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität; in der Erwägung, dass solche Angriffe verschiedene Formen annehmen können, wie physische Sabotage, Brandanschläge, Spionage und Störsignale sowie Cyberangriffe und andere Aktivitäten in der Grauzone, die allesamt koordinierte Anstrengungen zeigen, um die Sicherheit und die gesellschaftliche Resilienz der EU zu testen, zu stören und zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 398
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung AG a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AGa. in der Erwägung, dass der Schutz von bedeutenden Engstellen im Seeverkehr, Energie- und Digitalbereich, wie dem Suezkanal und der Straße von Malakka, sowie von Unterseekabeln und Fernleitungskorridoren eine wesentliche Dimension der demokratischen Resilienz darstellt, da hybride Angriffe auf solche Knotenpunkte zu schwerwiegenden wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Störungen führen können;

Or. en

Änderungsantrag 399
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Erwägung AG a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AGa. in der Erwägung, dass hybride Angriffe auf kritische Infrastruktur, demokratische Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigen, dass der Schutz der Demokratie ein europäisches öffentliches Gut darstellt; in der Erwägung, dass dieser Schutz allen Mitgliedstaaten gleichermaßen zugutekommen muss, unabhängig von der Größe, der geografischen Lage oder der Bedrohungswahrnehmung;

Or. en

Änderungsantrag 400

Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Erwägung AG a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AGa. in der Erwägung, dass Drittstaaten häufig irredentistische Behauptungen äußern und Mitgliedstaaten mit der Anwendung von Gewalt drohen;

Or. en

Änderungsantrag 401
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Erwägung AH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AH. in der Erwägung, dass in ***der Ostsee*** die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos gestiegen ist; in der Erwägung, dass ***seit 2023 mindestens 11 Kabelschäden verzeichnet wurden, was auf koordinierte*** Sabotage ***hindeutet***;	AH. in der Erwägung, dass in ***den letzten Jahren ein Narrativ entstanden ist, wonach*** die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln ***in der Ostsee***, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos gestiegen ist***, und dass diese Störungen einer koordinierten Sabotage zugeschrieben wurden***; in der Erwägung, dass ***die auf den Plenartagungen des Internationalen Ausschusses zum Schutz von Kabeln (International Cable Protection Committee, IPCC) in den Jahren 2024 und 2025 vorgelegten Daten diesem Narrativ widersprechen, da aus ihnen hervorgeht, dass die Zahl der Schäden an Unterseekabeln in den letzten elf Jahren weltweit nicht gestiegen ist, wobei dargelegt wurde, dass der Anstieg der Schadensquote in der Ostsee angesichts der niedrigen Zahlen kaum von statistischer Bedeutung ist und die meisten Schäden an den Unterseekabeln auf alltägliche Ursachen wie Fischerei,***

Anker, geologische Ereignisse oder Abrieb zurückzuführen sind; in der Erwägung, dass eine mögliche Sabotage ***der Infrastruktur äußerst schwerwiegend ist und untersucht werden sollte***; ***in der Erwägung, dass eine übereilte Falschzuschreibung alltäglicher Schäden zu Fehlinformationen führt und die Wirksamkeit der europäischen Sicherheitspolitik untergraben kann;***

Or. en

Änderungsantrag 402
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AH. in der Erwägung, dass in der Ostsee die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos gestiegen ist; in der Erwägung, dass seit 2023 mindestens ***11*** Kabelschäden verzeichnet wurden, was auf koordinierte Sabotage hindeutet;	AH. in der Erwägung, dass in der Ostsee die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos gestiegen ist; in der Erwägung, dass seit 2023 mindestens ***elf*** Kabelschäden verzeichnet wurden, was auf koordinierte Sabotage hindeutet; ***in der Erwägung, dass im Rechtsakt über digitale Netze verbindliche Resilienzverpflichtungen auf EU-Ebene für Betreiber von Unterseekabeln vorgeschlagen werden, einschließlich einer verbindlichen Einhaltung von Sicherheitsanforderungen in der IKT-Lieferkette im Rahmen des überarbeiteten Vorschlags für einen Rechtsakt zur Cybersicherheit;***

Or. en

Änderungsantrag 403
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AH. in der Erwägung, dass in der Ostsee die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos gestiegen ist; in der Erwägung, dass seit 2023 mindestens ***11*** Kabelschäden verzeichnet wurden, was auf koordinierte Sabotage hindeutet;	AH. in der Erwägung, dass in der Ostsee die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos gestiegen ist; in der Erwägung, dass seit 2023 mindestens ***elf*** Kabelschäden verzeichnet wurden, was auf koordinierte Sabotage hindeutet; ***in der Erwägung, dass die Präsenz russischer Schiffe in irischen Gewässern seit Beginn des Krieges in der Ukraine deutlich zugenommen hat, was Bedenken hinsichtlich der Sicherheit der wichtigen Verbindungskabel zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich aufwirft;***

Or. en

Änderungsantrag 404
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AH. in der Erwägung, dass in der Ostsee die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos	AH. in der Erwägung, dass in der Ostsee die Zahl der Störungen im Zusammenhang mit Seekabeln, die für die Internetanbindung und die Stromversorgung in der gesamten baltischen und nordischen Region von entscheidender Bedeutung sind, beispiellos

gestiegen ist; in der Erwägung, dass seit 2023 mindestens ***11*** Kabelschäden verzeichnet wurden, was auf koordinierte Sabotage hindeutet;

gestiegen ist; in der Erwägung, dass seit 2023 mindestens ***elf*** Kabelschäden verzeichnet wurden, was auf koordinierte Sabotage hindeutet; ***in der Erwägung, dass Finnland gemeinsam mit Verbündeten im baltischen Raum und der Kommission die Einrichtung eines neuen Zentrums für die Seeüberwachung in der Ostsee leitet, das darauf ausgerichtet ist, kritische Unterseeinfrastruktur zu schützen;***

Or. en

Änderungsantrag 405
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung AI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle ***eindeutig*** russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, nach wie vor untersucht werden***, jedoch weithin der Verdacht besteht, dass sie Teil desselben Musters*** hybrider Einschüchterung und Destabilisierung ***sind***, das sich gegen Europa richtet;	AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, nach wie vor untersucht werden***; in der Erwägung, dass diese Sichtungen zur Entstehung eines Narrativs beigetragen haben, wonach mutmaßlich ein Muster*** hybrider Einschüchterung und Destabilisierung ***besteht***, das sich gegen Europa richtet; ***in der Erwägung, dass eine Untersuchung von mehr als 60 derartigen Vorfällen durch die niederländische Zeitung Trouw ergab, dass viele davon falsch eingestuft wurden, da unbedenkliche Luftfahrzeuge und Phänomene fälschlicherweise als Drohnen identifiziert wurden; in der***

Erwägung, dass Sichtungen in der Nähe des Flughafens Zaventem in Belgien im November 2025 zu aufsehenerregenden Berichten führten und von den belgischen Behörden fälschlicherweise behauptet wurde, es handle sich um russische Drohnen, dass jedoch im Zuge einer Untersuchung durch die flämische öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt VRT aufgedeckt wurde, dass es sich um einen belgischen Polizeihubschrauber und ein landendes DHL-Frachtflugzeug handelte; in der Erwägung, dass mögliche Bedrohungen für die Sicherheit der europäischen Flughäfen schwerwiegend sind und untersucht werden müssen; in der Erwägung, dass mangelnde Vorsicht bei der Meldung solcher Vorfälle zu Fehlzuschreibungen, einer Bedrohungsinflation und der Verbreitung von Panik führen kann;

Or. en

Änderungsantrag 406
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; ***in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle eindeutig russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, nach wie vor untersucht werden, jedoch weithin***	AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden;

der Verdacht besteht, dass sie Teil desselben Musters hybrider Einschüchterung und Destabilisierung sind, das sich gegen Europa richtet;

Or. en

Änderungsantrag 407
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung AI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle eindeutig russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, nach wie vor untersucht werden, jedoch weithin der Verdacht besteht, dass sie Teil desselben Musters hybrider Einschüchterung und Destabilisierung sind, das sich gegen Europa richtet;	AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle eindeutig russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, nach wie vor untersucht werden, jedoch weithin der Verdacht besteht, dass sie Teil desselben Musters hybrider Einschüchterung und Destabilisierung sind, das sich gegen Europa richtet; ***in der Erwägung, dass auch Zypern und Griechenland ähnliche Verstöße erlebt haben, bei denen Luftfahrzeuge und Drohnen der Türkei zugeschrieben wurden;***

Or. en

Änderungsantrag 408
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag

Erwägung AI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle eindeutig russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, ***nach wie vor untersucht*** werden, ***jedoch weithin der Verdacht besteht, dass sie*** Teil desselben Musters hybrider Einschüchterung und Destabilisierung sind, das sich gegen Europa richtet;	AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle eindeutig russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, ***darunter Ballons mit Schmuggelware, die für illegale grenzüberschreitende Tätigkeiten genutzt*** werden, Teil desselben Musters hybrider Einschüchterung und Destabilisierung sind, das sich gegen Europa richtet ***und von russischen und belarussischen Stellen ausgeht***;

Or. en

Änderungsantrag 409
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle ***eindeutig*** russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann,	AI. in der Erwägung, dass in den letzten Monaten über mehreren EU-Mitgliedstaaten und benachbarten NATO-Verbündeten, darunter Polen, die baltischen Staaten, Rumänien, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und Norwegen, mehrere Verletzungen des Luftraums und ein unbefugtes Eindringen von Drohnen gemeldet wurden; in der Erwägung, dass eine Reihe dieser Vorfälle russischen Militärflugzeugen und Drohnen zugeschrieben werden kann, während

während andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, nach wie vor untersucht werden, jedoch weithin der Verdacht besteht, dass sie ***Teil desselben Musters*** hybrider Einschüchterung und Destabilisierung ***sind***, das sich gegen Europa richtet;	andere Vorfälle, bei denen es um nicht identifizierte Luftfahrzeuge geht, nach wie vor untersucht werden, jedoch ***ausgehend von öffentlich verfügbaren Informationen und den laufenden Untersuchungen*** weithin der Verdacht besteht, dass sie ***demselben Muster*** hybrider Einschüchterung und Destabilisierung ***folgen***, das sich gegen Europa richtet;

Or. en

Änderungsantrag 410
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AI a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AIa. in der Erwägung, dass das Lukaschenko-Regime in Belarus unmittelbar hinter den Grenzen der EU seit Jahrzehnten seine Kontrolle über eine friedliche Nation weiter verschärft und die Bestrebungen der belarussischen Bevölkerung nach einem Leben in Demokratie und Wohlstand brutal unterdrückt; in der Erwägung, dass das Land zu einer Geisel und einem Instrument Putins geworden ist, seine Macht durch Unterdrückung, Folter und erzwungene Russifizierung aufrechterhält und gleichzeitig als Mittäter bei der Aggression Russlands gegen die Ukraine und im hybriden Krieg gegen den Westen agiert;

Or. en

Änderungsantrag 411
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung AJ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AJ. in der Erwägung, dass mehrere europäische Länder, darunter Frankreich, Estland, Deutschland, Tschechien und Norwegen, in jüngster Zeit mit großen Cyberangriffen auf Regierungssysteme, kritische Infrastrukturen und private Unternehmen konfrontiert waren, ***die*** dem russischen Militärgeheimdienst und mit dem chinesischen Staat verbundenen Akteuren zugeschrieben werden ***können***, was die dringende Notwendigkeit unterstreicht, die kollektive Cyberabwehrfähigkeit und die Fähigkeiten der EU zur Zuordnung von Cyberangriffen zu stärken;	AJ. in der Erwägung, dass mehrere europäische Länder, darunter Frankreich, Estland, Deutschland, Tschechien und Norwegen, in jüngster Zeit mit großen Cyberangriffen auf Regierungssysteme, kritische Infrastrukturen und private Unternehmen konfrontiert waren, ***von denen eine erhebliche Zahl feindlichen Geheimdiensten und mit dem Staat verbundenen Akteuren, unter anderem*** dem russischen Militärgeheimdienst und mit dem chinesischen Staat verbundenen Akteuren***,*** zugeschrieben werden ***kann***, was die dringende Notwendigkeit unterstreicht, die kollektive Cyberabwehrfähigkeit und die Fähigkeiten der EU ***und der Mitgliedstaaten*** zur Zuordnung von Cyberangriffen zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 412
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AJ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AJ. in der Erwägung, dass mehrere europäische Länder, darunter Frankreich, Estland, Deutschland, Tschechien und Norwegen, in jüngster Zeit mit großen Cyberangriffen auf Regierungssysteme, kritische Infrastrukturen und private Unternehmen konfrontiert waren, die dem russischen Militärgeheimdienst und mit dem chinesischen Staat verbundenen Akteuren zugeschrieben werden können, was die dringende Notwendigkeit unterstreicht, die kollektive Cyberabwehrfähigkeit und die Fähigkeiten der EU zur Zuordnung von Cyberangriffen zu stärken;	AJ. in der Erwägung, dass mehrere europäische Länder, darunter ***Polen,*** Frankreich, Estland, Deutschland, Tschechien und Norwegen, in jüngster Zeit mit großen Cyberangriffen auf Regierungssysteme, kritische Infrastrukturen und private Unternehmen konfrontiert waren, die dem russischen Militärgeheimdienst und mit dem chinesischen Staat verbundenen Akteuren zugeschrieben werden können, was die dringende Notwendigkeit unterstreicht, die kollektive Cyberabwehrfähigkeit und die Fähigkeiten der EU zur Zuordnung von Cyberangriffen zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 413
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AK

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AK. in der Erwägung, dass die Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren und im Ausland hergestellten Technologien in kritischen Infrastrukturen und Lieferketten nach wie vor Anlass zu großer Sorge gibt und eine der größten Schwachstellen der EU darstellt; in der Erwägung, dass dies in den Bereichen Technologie und Digitales besonders verbreitet ist und eine zentrale Herausforderung für die Cybersicherheit darstellt;	AK. in der Erwägung, dass die Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren und im Ausland hergestellten Technologien***, die in Ländern hergestellt werden, die kein Mitglied der NATO sind und nicht wie Japan oder Südkorea zur Gruppe gleichgesinnter Partner gehören,*** in kritischen Infrastrukturen und Lieferketten nach wie vor Anlass zu großer Sorge gibt und eine der größten Schwachstellen der EU darstellt; in der Erwägung, dass dies in den Bereichen Technologie und Digitales besonders verbreitet ist und eine zentrale Herausforderung für die Cybersicherheit darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 414
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung AK

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AK. in der Erwägung, dass die Abhängigkeit der EU von ***ausländischen*** Akteuren ***und im Ausland*** hergestellten Technologien in kritischen Infrastrukturen und Lieferketten nach wie vor Anlass zu großer Sorge gibt und eine der größten Schwachstellen der EU darstellt; in der Erwägung, dass dies in den Bereichen Technologie und Digitales besonders verbreitet ist und eine zentrale Herausforderung für die Cybersicherheit	AK. in der Erwägung, dass die Abhängigkeit der EU von Akteuren ***aus Drittstaaten und von in Drittstaaten*** hergestellten Technologien in kritischen Infrastrukturen und Lieferketten***, einschließlich der Beschaffung von Rohstoffen aus Drittstaaten,*** nach wie vor Anlass zu großer Sorge gibt und eine der größten Schwachstellen der EU darstellt; in der Erwägung, dass dies in den Bereichen Technologie und Digitales besonders

darstellt;	verbreitet ist und eine zentrale Herausforderung für die Cybersicherheit darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 415
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Erwägung AK

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AK. in der Erwägung, dass die Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren und im Ausland hergestellten Technologien in kritischen Infrastrukturen und Lieferketten nach wie vor Anlass zu großer Sorge gibt und eine der größten Schwachstellen der EU darstellt; in der Erwägung, dass dies in den Bereichen Technologie und Digitales besonders verbreitet ist und eine zentrale Herausforderung für die Cybersicherheit darstellt;	AK. in der Erwägung, dass die Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren und im Ausland hergestellten Technologien in kritischen Infrastrukturen und Lieferketten nach wie vor Anlass zu großer Sorge gibt und eine der größten Schwachstellen der EU darstellt; in der Erwägung, dass dies in den Bereichen Technologie und Digitales besonders verbreitet ist und eine zentrale Herausforderung für die Cybersicherheit ***und die strategische Autonomie Europas*** darstellt;

Or. fr

Änderungsantrag 416
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AK a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKa. in der Erwägung, dass sich die US-Regierung als unzuverlässiger Partner erwiesen hat, während die EU weiterhin in gefährlicher Weise von Technologie und Finanzdienstleistungen aus den Vereinigten Staaten abhängig ist; in der Erwägung, dass Unternehmen mit

Sitz in den Vereinigten Staaten, wie Microsoft, Google und Amazon, durch den US-amerikanischen CLOUD Act (Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act) dazu verpflichtet werden, weltweit, auch in der EU, gespeicherte Daten offenzulegen, was der Datenschutz-Grundverordnung widerspricht; in der Erwägung, dass Microsoft selbst gegenüber dem französischen Senat eingeräumt hat, dass es in der EU befindliche Daten nicht vor einer Überwachung durch die Vereinigten Staaten schützen kann; in der Erwägung, dass der FISA (Foreign Intelligence Surveillance Act) es Nachrichtendiensten der Vereinigten Staaten ermöglicht, nachrichtendienstliche Informationen aus dem Ausland zu erheben, einschließlich Daten von Personen, die keine Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten sind, die von US-Unternehmen gespeichert werden, auch wenn sich diese außerhalb der Vereinigten Staaten befinden; in der Erwägung, dass den US-Behörden mit dem Patriot Act weitreichende Befugnisse für den Zugang zu elektronischen Aufzeichnungen, einschließlich solcher, die sich im Ausland im Besitz von US-Unternehmen befinden, für Zwecke der nationalen Sicherheit eingeräumt werden; in der Erwägung, dass es der EU an echten Schutzmaßnahmen für den Schutz europäischer Daten vor staatlicher Überwachung und Wirtschaftsspionage aus dem Ausland mangelt;

Or. en

Änderungsantrag 417
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AK a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKa. in der Erwägung, dass die Kommission am 20. Januar 2026 eine Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit vorgelegt hat, in der verbindliche Sicherheitsanforderungen in Bezug auf IKT-Lieferketten im Bereich der kritischen Infrastruktur vorgeschlagen werden, wobei systematische Risikobewertungen und Beschränkungen für risikoreiche Anbieter aus Ländern mit erhöhten Sicherheitsrisiken vorgesehen sind; in der Erwägung, dass dieser neue Rahmen über das freiwillige Instrumentarium für die 5G-Cybersicherheit von 2020 hinausgeht, indem vorgeschlagen wird, den Mitgliedstaaten verbindliche Verpflichtungen zur Einhaltung der Vorgaben aufzuerlegen;

Or. en

Änderungsantrag 418
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung AK a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKa. in der Erwägung, dass bei der Umsetzung der Initiative „Bereitschaft 2030“ ein erheblicher und eindeutig festgelegter Anteil der Ressourcen für die Stärkung der Cybersicherheit und den Schutz kritischer Infrastruktur bereitgestellt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 419
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AK b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKb. in der Erwägung, dass das Unternehmen Microsoft auf Ersuchen der US-Regierung den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) lahmgelegt hat, indem es seine Dienste für diesen aussetzte; in der Erwägung, dass Visa und Mastercard, die über ein weltweites Duopol im Bereich der Finanztransaktionen verfügen, ihre Dienste für Mitarbeiter des IStGH, gegen die Sanktionen verhängt wurden, ebenfalls ausgesetzt haben; in der Erwägung, dass die EU bei digitalen Produkten, Dienstleistungen, Infrastruktur und geistigem Eigentum zu mehr als 80 % von US-Unternehmen abhängig ist; in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten im Falle einer Eskalation die Macht haben, die Wirtschaft der EU unverzüglich auszulöschen, indem sie die digitalen Dienste aussetzen; in der Erwägung, dass eine solche Eskalation nicht mehr nur theoretischer Natur ist und dass sie verheerende Folgen für die europäischen öffentlichen Dienste und die Wirtschaft hätte;

Or. en

Änderungsantrag 420
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AK b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKb. in der Erwägung, dass das

operative Mandat und der Haushalt der ENISA durch die vorgeschlagene Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit erheblich ausgeweitet bzw. aufgestockt werden könnten, nämlich um mehr als 80 %, sodass sie sich auch auf die Koordinierung von Cybervorfällen in Echtzeit, Frühwarnsysteme und den Austausch von Erkenntnissen über Bedrohungen zwischen den Mitgliedstaaten erstrecken;

Or. en

Änderungsantrag 421
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AK c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKc. in der Erwägung, dass alle US-Bundesbehörden den Anforderungen des Konzepts „Buy American“ unterliegen, wonach dem Kauf von in den Vereinigten Staaten hergestellten Produkten Vorrang eingeräumt wird; in der Erwägung, dass es in der EU nach wie vor keine vergleichbaren Vorschriften für die Auftragsvergabe gibt, wodurch die riskante Abhängigkeit von ausländischen Produkten zulasten europäischer Unternehmen verschärft wird; in der Erwägung, dass das Europäische Parlament und andere EU-Organe trotz der Tatsache, dass in vielen Fällen angemessene europäische Alternativen zur Verfügung stehen, weiterhin im Ausland hergestellte Software- und Hardwareprodukte erwerben;

Or. en

Änderungsantrag 422

Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AK c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKc. in der Erwägung, dass mit der vorgeschlagenen Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit EU-Systeme für die Cybersicherheitszertifizierung eingeführt werden, die das Vertrauen und die Sicherheit in der gesamten digitalen Infrastruktur stärken; in der Erwägung, dass eine solide Cybersicherheitszertifizierung, einschließlich einer Cloud-Zertifizierung, von wesentlicher Bedeutung ist, um die Integrität und Widerstandsfähigkeit digitaler Dienste sicherzustellen, die demokratischen Prozessen zugrunde liegen;

Or. en

Änderungsantrag 423
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AK d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKd. in der Erwägung, dass mit dem von der Kommission am 21. Januar 2026 vorgeschlagenen Rechtsakt über digitale Netze eine Aufsicht auf EU-Ebene über die Frequenzzuweisung, auch in Bezug auf Anbieter von Satellitendiensten, eingeführt wird, wobei vorgeschrieben wird, dass Anbietern, die die

Anforderungen des Rechtsakts zur Cybersicherheit an die Sicherheit der IKT-Lieferkette nicht erfüllen, das Recht zur Bereitstellung von Netzen und Diensten entzogen wird; in der Erwägung, dass neben anderer kritischer Infrastruktur die Wahlinfrastruktur zunehmend von digitalen Netzen und vielfältigen Kommunikationswegen abhängt, damit einzelne Schwachstellen vermieden werden;

Or. en

Änderungsantrag 424
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AK d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKd. in der Erwägung, dass dem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge die US-amerikanischen Big-Tech-Unternehmen bei der Kommission aktiv Lobbyarbeit betrieben haben, um Maßnahmen gegen speziell konzipierte suchterzeugende Algorithmen für Social-Media-Plattformen abzuschwächen; in der Erwägung, dass CISPE (Cloud Infrastructure Service Providers in Europe) den von der Kommission vorgelegten EU-Rahmen für Cloud-Souveränität aufgrund seines vagen Wortlauts kritisiert hat, der US-amerikanische Big-Tech-Unternehmen gegenüber europäischen Alternativen begünstigen dürfte;

Or. en

Änderungsantrag 425

Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AK e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKe. in der Erwägung, dass einige Einrichtungen in Europa erfolgreich ihre Abhängigkeit von Technologie aus dem Ausland verringert haben, indem sie auf europäische und quelloffene digitale Produkte und Dienstleistungen umgestellt haben, darunter das österreichische Verteidigungsministerium, einige dänische Städte, mehrere deutsche Gemeinden und die französische Gendarmerie;

Or. en

Änderungsantrag 426
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AK f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKf. in der Erwägung, dass in der nationalen Sicherheitsstrategie 2025 der Vereinigten Staaten deutlich zum Ausdruck gebracht wird, dass ein „Regimewechsel“ oder der Abbau bestehender freiheitlich-demokratischer Strukturen in der EU erforderlich sei; in der Erwägung, dass durchgesickerte Dokumente und Medienberichte darauf hindeuten, dass die Vereinigten Staaten in Erwägung gezogen haben oder versuchen, vier Mitgliedstaaten zum Austritt aus der EU zu bewegen;

Or. en

Änderungsantrag 427
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AK g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AKg. in der Erwägung, dass die antieuropäische Stimmung in einigen Teilen der Gesellschaft der Vereinigten Staaten zunimmt; in der Erwägung, dass viele Europäer die Vereinigten Staaten zunehmend nicht mehr als Verbündeten ansehen, insbesondere angesichts der Drohungen der US-Regierung, Grönland annektieren zu wollen; in der Erwägung, dass durch die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen böswillige Akteure gestärkt und in ihrer Einmischung in der EU und den Vereinigten Staaten ermutigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 428
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung AL

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AL. in der Erwägung, dass strafrechtliche Instrumente zum Europäischen Schutzschild für die Demokratie beitragen können, soweit die betreffenden Tätigkeiten Straftaten darstellen;	AL. in der Erwägung, dass strafrechtliche Instrumente ***und Ermittlungsmaßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, strafbares Verhalten aufzudecken und Straftaten vorzubeugen,*** zum Europäischen Schutzschild für die Demokratie beitragen können, soweit die betreffenden Tätigkeiten Straftaten darstellen; ***in der Erwägung, dass es notwendig ist, stets die Unschuldsvermutung zu achten und sicherzustellen, dass EU-Bürger nicht als Verdächtige behandelt werden, wenn keine stichhaltigen Gründe dafür vorliegen; in der Erwägung, dass es nur***

dann zu rechtlichen Folgen im Bereich des Strafrechts kommen sollte, wenn eine Straftat begangen und im Wege eines ordnungsgemäßen Verfahrens festgestellt wurde; in der Erwägung, dass mit dem Europäischen Schutzschild für die Demokratie nicht in die Zuständigkeiten von Geheimdiensten oder Polizeibehörden eingegriffen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 429
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AL

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AL. in der Erwägung, dass strafrechtliche Instrumente zum Europäischen Schutzschild für die Demokratie beitragen können, soweit die betreffenden Tätigkeiten Straftaten darstellen;	AL. in der Erwägung, dass strafrechtliche Instrumente zum Europäischen Schutzschild für die Demokratie beitragen können, soweit die betreffenden Tätigkeiten Straftaten darstellen; ***in der Erwägung, dass die von der Kommission angekündigten Überprüfungen der Mandate mehrerer Einrichtungen der Union, unter anderem von Europol, Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft, eine zeitnahe Gelegenheit bieten, die operative Zusammenarbeit, die Ermittlungskapazitäten und die Instrumente der grenzüberschreitenden Durchsetzung zu stärken, um gegen hybride Bedrohungen, Informationsmanipulation und andere Straftaten, die demokratische Prozesse untergraben, wirksamer vorzugehen;***

Or. en

Änderungsantrag 430
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AL

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AL. in der Erwägung, dass strafrechtliche Instrumente zum Europäischen Schutzschild für die Demokratie beitragen können, soweit die betreffenden Tätigkeiten Straftaten darstellen;	AL. in der Erwägung, dass strafrechtliche Instrumente zum Europäischen Schutzschild für die Demokratie beitragen können, soweit die betreffenden Tätigkeiten Straftaten darstellen; ***in der Erwägung, dass die strafrechtlichen Instrumente der EU nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn es eine klare Rechtsgrundlage gibt;***

Or. en

Änderungsantrag 431
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AM

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AM. in der Erwägung, dass die Mechanismen der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit und die Instrumente für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch angesichts der zunehmenden Herausforderungen, die sich aus der Einflussnahme aus dem Ausland für die innere Sicherheit der EU ergeben, angepasst und gestärkt werden müssen;	AM. in der Erwägung, dass die Mechanismen der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit und die Instrumente für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch angesichts der zunehmenden Herausforderungen, die sich aus der Einflussnahme aus dem Ausland für die innere Sicherheit der EU ergeben, angepasst und gestärkt werden müssen***, wobei der in Artikel 5 EUV verankerte Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich uneingeschränkt zu achten sind***;

Or. en

Änderungsantrag 432

Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AM

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AM. in der Erwägung, dass die Mechanismen der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit ***und*** die Instrumente für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch angesichts der zunehmenden Herausforderungen, die sich aus der Einflussnahme aus dem Ausland für die innere Sicherheit der EU ergeben, angepasst und gestärkt werden müssen;	AM. in der Erwägung, dass die Mechanismen der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit***, moderne Ermittlungsmethoden und -technologien sowie*** die Instrumente für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch angesichts der zunehmenden Herausforderungen, die sich aus der Einflussnahme aus dem Ausland für die innere Sicherheit der EU ergeben, angepasst und gestärkt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 433
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AM a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AMa. in der Erwägung, dass mit neuen Methoden der Einflussnahme, wie dem Einsatz von Kryptowährungen, zusätzliche Herausforderungen für die Strafverfolgung und die Justiz einhergehen; in der Erwägung, dass daher spezifische Schulungen erforderlich sind, die sich auf die gesamte Wertschöpfungskette der Manipulation und Einflussnahme erstrecken und auch abdecken, wie digitale Beweismittel für Gerichtsverfahren erhoben, abgerufen, verarbeitet, ausgelegt und gespeichert werden können;

Or. en

Änderungsantrag 434
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AM b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AMb. in der Erwägung, dass die länderübergreifende Repression nach wie vor ein zentrales Thema ist, auch solche, die sich gegen in der EU im Exil lebende Journalisten und Aktivisten richtet, wobei dies von ukrainischen Journalisten, die von Handlangern Russlands in der EU rechtlicher Schikane ausgesetzt werden, bis hin zu den Versuchen der Türkei oder Aserbaidschans, die Opposition zum Schweigen zu bringen, reicht; in der Erwägung, dass Reaktionen auf länderübergreifende Repression durch das Fehlen eines umfassenden Rahmens und fragmentierte nationale Reaktionen behindert werden;

Or. en

Änderungsantrag 435
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AM c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AMc. in der Erwägung, dass das sogenannte Desinformationsgesetz der Türkei wirksam als Propaganda- und Zensurinstrument dient;

Or. en

Änderungsantrag 436
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AM d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AMd. in der Erwägung, dass die Gebiete in äußerster Randlage und die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete der EU, auch Grönland, besonders anfällig für Einflussnahme aus dem Ausland sind; in der Erwägung, dass bei allen Maßnahmen zum Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger vor solchen Angriffen die Gebiete in äußerster Randlage und die überseeischen Gebiete der Union gebührend berücksichtigt werden sollten; in der Erwägung, dass Aserbaidschan seine hybriden Angriffe auf Neukaledonien vervielfacht hat;

Or. en

Änderungsantrag 437
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AN

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AN. in der Erwägung, dass die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) in ihrem jüngsten Bericht über die Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der EU, der im März 2025 veröffentlicht wurde, vor der Beteiligung krimineller Organisationen an hybriden Kampagnen gewarnt hat; in der Erwägung, dass in der Mitteilung der Kommission über ProtectEU anerkannt wird, dass verschiedene Faktoren Europol daran hindern, sein operatives Potenzial zur Unterstützung von Tätigkeiten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden	AN. in der Erwägung, dass die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) in ihrem jüngsten Bericht über die Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der EU, der im März 2025 veröffentlicht wurde, vor der Beteiligung krimineller Organisationen an hybriden Kampagnen gewarnt hat; in der Erwägung, dass in der Mitteilung der Kommission über ProtectEU anerkannt wird, dass verschiedene Faktoren Europol daran hindern, sein operatives Potenzial zur Unterstützung von Tätigkeiten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden

Kriminalität voll auszuschöpfen, einschließlich Lücken im Mandat der Agentur in Bezug auf neue Sicherheitsbedrohungen, insbesondere Sabotage, hybride Bedrohungen und Informationsmanipulation;	Kriminalität voll auszuschöpfen, einschließlich Lücken im Mandat der Agentur in Bezug auf neue Sicherheitsbedrohungen, insbesondere Sabotage, hybride Bedrohungen und Informationsmanipulation; ***in der Erwägung, dass die Kommission in ihrer Gemeinsamen Mitteilung vom 12. November 2025 ihre Absicht bekundet hat, das Mandat und die Befugnisse von Europol auszuweiten, ohne jedoch weitere Klarheit über den Anwendungsbereich, die Rechtsgrundlage oder die Garantien einer solchen Ausweitung zu schaffen;***

Or. en

Änderungsantrag 438
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AN

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AN. in der Erwägung, dass die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) in ihrem jüngsten Bericht über die Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der EU, der im März 2025 veröffentlicht wurde, vor der Beteiligung krimineller Organisationen an hybriden ***Kampagnen*** gewarnt hat; in der Erwägung, dass in der Mitteilung der Kommission über ProtectEU anerkannt wird, dass verschiedene Faktoren Europol daran hindern, sein operatives Potenzial zur Unterstützung von Tätigkeiten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität voll auszuschöpfen, einschließlich Lücken im Mandat der Agentur in Bezug auf neue Sicherheitsbedrohungen, insbesondere Sabotage, hybride Bedrohungen und	AN. in der Erwägung, dass die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) in ihrem jüngsten Bericht über die Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der EU, der im März 2025 veröffentlicht wurde, vor der Beteiligung krimineller Organisationen an hybriden ***Bedrohungen, unter anderem Desinformationskampagnen,*** gewarnt hat; in der Erwägung, dass in der Mitteilung der Kommission über ProtectEU anerkannt wird, dass verschiedene Faktoren Europol daran hindern, sein operatives Potenzial zur Unterstützung von Tätigkeiten zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität voll auszuschöpfen, einschließlich Lücken im Mandat der Agentur in Bezug auf neue Sicherheitsbedrohungen, insbesondere Sabotage, hybride Bedrohungen und

Informationsmanipulation;	Informationsmanipulation;

Or. en

Änderungsantrag 439
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Erwägung AO

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner für den Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen deutlicher anerkannt werden sollte;	AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner für den Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen deutlicher anerkannt werden sollte; ***in der Erwägung, dass Europol aufgrund der Zunahme und Diversifizierung von Bedrohungen für die interne Sicherheit der Union – insbesondere im Zusammenhang mit dem Darknet – mehr finanzielle Mittel benötigt;***

Or. fr

Änderungsantrag 440
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AO

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner für den Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen	AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner für den Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen

deutlicher anerkannt werden sollte;	deutlicher anerkannt werden sollte; ***in der Erwägung, dass jede Reform von Europol mit soliden Garantien und der uneingeschränkten Achtung der Grundrechte einhergehen und nicht als Vorwand für unzulässige Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger dienen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 441
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AO

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; ***in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner für den Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen deutlicher anerkannt werden sollte;***	AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird;

Or. en

Änderungsantrag 442
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AO

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform	AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform

einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner für den Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen deutlicher anerkannt werden sollte;

einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner für den Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen deutlicher anerkannt werden sollte; ***in der Erwägung, dass Angriffe auf die Integrität und Sicherheit der Polizei Angriffe auf die Demokratie selbst sind;***

Or. en

Änderungsantrag 443
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AO

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass Polizeibeamte wichtige Partner ***für den*** Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen deutlicher anerkannt werden sollte;	AO. in der Erwägung, dass sich die Kommission verpflichtet hat, eine Reform einzuleiten, ***die die Zustimmung der Mitgliedstaaten erfordert und*** durch die Europol zu einer wirklich operativen Polizeiagentur wird; in der Erwägung, dass ***Strafverfolgungs-, Geheimdienst- und*** Polizeibeamte wichtige Partner ***beim*** Schutz demokratischer Institutionen sind; in der Erwägung, dass dies in den einschlägigen Politikbereichen deutlicher anerkannt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 444
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AP a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	APa. in der Erwägung, dass die

	Vereinnahmung und Bestechung von Eliten nach wie vor eine zentrale Bedrohung für die europäische Demokratie darstellt; in der Erwägung, dass die Einrichtung eines interinstitutionellen Gremiums für ethische Normen für Mitglieder der Organe und beratenden Einrichtungen der EU ein erster Schritt hin zu einer besseren Rechenschaftspflicht der Beamten auf EU-Ebene ist;

Or. en

Änderungsantrag 445
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung AQ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AQ. in der Erwägung, dass Agenturen der Europäischen Union, die in den Bereichen Grenzen, Migration und Asylmanagement tätig sind, d. h. die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden eine weitere Schlüsselrolle bei der Schaffung und Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Situationsbewusstseins für Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Migrationsströme für politische Zwecke und bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen in Krisensituationen spielen; in der Erwägung, dass die Kommission die Stärkung von Frontex in ihre Leitinitiativen für die Wahlperiode 2024-2029 aufgenommen hat;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 446
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AQ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AQ. in der Erwägung, dass Agenturen der Europäischen Union, die in den Bereichen Grenzen, Migration und Asylmanagement tätig sind, d. h. die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden eine weitere Schlüsselrolle bei der Schaffung und Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Situationsbewusstseins für Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Migrationsströme für politische Zwecke und bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen in Krisensituationen spielen; in der Erwägung, dass die Kommission die Stärkung von Frontex in ihre Leitinitiativen für die Wahlperiode 2024-2029 aufgenommen hat;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 447
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AQ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AQ. in der Erwägung, dass Agenturen der Europäischen Union, die in den Bereichen Grenzen, Migration und Asylmanagement tätig sind, d. h. die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die	AQ. in der Erwägung, dass Agenturen der Europäischen Union, die in den Bereichen Grenzen, Migration und Asylmanagement tätig sind, d. h. die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die

Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden eine weitere Schlüsselrolle bei der Schaffung und Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Situationsbewusstseins für Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Migrationsströme für politische Zwecke und bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen in Krisensituationen spielen; in der Erwägung, dass die Kommission die Stärkung von Frontex in ihre Leitinitiativen für die Wahlperiode 2024-2029 aufgenommen hat;	Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden eine weitere Schlüsselrolle bei der Schaffung und Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Situationsbewusstseins für Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Migrationsströme für politische Zwecke und ***zur Einmischung und*** bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen in Krisensituationen spielen; in der Erwägung, dass die Kommission die Stärkung von Frontex in ihre Leitinitiativen für die Wahlperiode 2024-2029 aufgenommen hat;

Or. en

Änderungsantrag 448
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AQ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AQ. in der Erwägung, dass Agenturen der Europäischen Union, die in den Bereichen Grenzen, Migration und Asylmanagement tätig sind, d. h. die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), ***in Zusammenarbeit mit nationalen*** Behörden eine ***weitere Schlüsselrolle*** bei der Schaffung und Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Situationsbewusstseins für Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Migrationsströme für politische Zwecke und bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen in Krisensituationen spielen; in der Erwägung, dass die Kommission die Stärkung von Frontex in ihre Leitinitiativen für die Wahlperiode 2024-2029 aufgenommen hat;	AQ. in der Erwägung, dass Agenturen der Europäischen Union, die in den Bereichen Grenzen, Migration und Asylmanagement tätig sind, d. h. die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), ***für nationale*** Behörden eine ***unterstützende Rolle*** bei der Schaffung und Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Situationsbewusstseins für Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung der Migrationsströme für politische Zwecke und bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen in Krisensituationen spielen; in der Erwägung, dass die Kommission die Stärkung von Frontex in ihre Leitinitiativen für die Wahlperiode 2024-2029 aufgenommen hat;

Or. en

Änderungsantrag 449
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Erwägung AQ a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AQa. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten zunehmend hybriden Bedrohungen durch Drittländer ausgesetzt sind, die ihre territoriale Unversehrtheit gefährden wollen, insbesondere durch die Instrumentalisierung von Migrationsströmen, Verletzungen des Luftraums und illegale Fischereitätigkeiten, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger einzuschüchtern und die öffentliche Debatte zu nutzen, um populistische Ideologien zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 450
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AQ a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AQa. in der Erwägung, dass die Regierung von Viktor Orbán im Jahr 2023 mehr als 2 000 verurteilte Menschenhändler aus dem Gefängnis entlassen hat, wodurch Menschen in Ungarn und Nachbarländern wie Österreich gefährdet wurden;

Or. en

Änderungsantrag 451
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AQ b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AQb. in der Erwägung, dass Russland und Belarus die Migration im Rahmen hybrider Angriffe instrumentalisieren, indem sie Migranten aus dem Nahen Osten, Südostasien und Afrika rekrutieren, sie zu den östlichen Grenzen der EU befördern und sie ermutigen oder manchmal zwingen, die Grenzen illegal zu überschreiten; in der Erwägung, dass diese Strategie darauf abzielt, Chaos an den Grenzen der EU zu schaffen, Ressourcen zu belasten und Spaltung und einwanderungsfeindliche Stimmung innerhalb der EU zu säen;

Or. en

Änderungsantrag 452
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AQ c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AQc. in der Erwägung, dass nach Angaben des dem Verfassungsschutz zugeordneten Nachrichtendienstes Litauens die Geheimdienste Russlands und von Belarus gewaltsame Angriffe auf Mitglieder der belarussischen Gemeinschaft in Litauen geplant haben und russische und belarussische Agenten in Litauen Informationen eingeholt und psychologische Operationen durchgeführt haben, um in der belarussischen Diaspora ein Gefühl der Unsicherheit zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 453
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen; ***in der Erwägung, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie so konzipiert und umgesetzt wird, dass diese Partner einbezogen werden, wobei ihre spezifischen strukturellen Schwachstellen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu berücksichtigen sind und gezielte Unterstützung, Kapazitätsaufbau und Schutzmaßnahmen bereitgestellt werden müssen, um zu verhindern, dass Schwachstellen ausgenutzt werden, die sowohl ihre demokratischen Systeme als auch das allgemeine europäische Sicherheitsumfeld destabilisieren könnten;***

Or. en

Änderungsantrag 454
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen; ***in der Erwägung, dass die Wirksamkeit der Bemühungen der Europäischen Union zur Stärkung der institutionellen Resilienz in den Bewerberländern von ihrer Bereitschaft abhängt, einschlägige Maßnahmen zu ergreifen, notwendige Reformen durchzuführen und wirksam zusammenzuarbeiten;***

Or. en

Änderungsantrag 455
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen; ***in der Erwägung, dass die EU die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der genannten Länder gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland unter anderem durch die***

Finanzierungsinstrumente der Ukraine-Fazilität, der Fazilität für den westlichen Balkan und der Moldau-Fazilität unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag 456
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, ***die Republik*** Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind***, wobei die Republik Moldau mit anhaltenden, koordinierten und staatlich geförderten Desinformationskampagnen konfrontiert ist, die darauf abzielen, demokratische Institutionen, die Integrität von Wahlen und ihren Weg zum EU-Beitritt zu untergraben,*** und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;

Or. en

Änderungsantrag 457
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die	AR. in der Erwägung, dass die

Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau***, Armenien, Georgien*** und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen; ***in der Erwägung, dass die EU die Rückmeldungen und Erfahrungen dieser Länder berücksichtigen sollte, da sie seit vielen Jahren mit hybriden Angriffen aus Russland konfrontiert sind;***

Or. en

Änderungsantrag 458
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen ***und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu bekämpfen***;

Or. en

Änderungsantrag 459
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau***, Armenien, Georgien*** und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;

Or. en

Änderungsantrag 460
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU***, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan,*** nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;

Or. en

Änderungsantrag 461
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die ***Georgien,*** Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie hybriden Bedrohungen betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;

Or. en

Änderungsantrag 462
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung AR

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung ***sowie hybriden Bedrohungen*** betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;	AR. in der Erwägung, dass die Bewerberländer und die Nachbarländer der EU, insbesondere die Ukraine, Moldau und der Westbalkan, nach wie vor stark von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung betroffen sind und die Unterstützung der EU benötigen, um die Resilienz der Zivilgesellschaft und der Institutionen aufzubauen;

Or. en

Änderungsantrag 463
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Erwägung AR a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

ARa. in der Erwägung, dass Kandidatenländer potenzielle Mitglieder der Europäischen Union sind und dass alle internen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, die Union zum Zeitpunkt des Beitritts beeinträchtigen könnten, wenn sie nicht wirksam angegangen werden; in der Erwägung, dass bestimmte Bewerberländer weitere Fortschritte bei der Minderung der Risiken im Zusammenhang mit Korruption, Einschränkungen der politischen Freiheiten, Verfolgung von Journalisten und organisierter Kriminalität benötigen; in der Erwägung, dass die EU die Bewerberländer durch eine angemessene Finanzierung und eine verstärkte Zusammenarbeit aktiv unterstützen sollte, um strukturelle Schwachstellen zu beseitigen, durch die sie der Einmischung von Drittländern ausgesetzt sind, was ein wesentliches Element des Beitrittsprozesses ist;

Or. en

Änderungsantrag 464
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AS

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AS. in der Erwägung, dass der ***Angriffskrieg Russlands gegen die*** Ukraine ***und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung*** den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt ***haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten***; ***in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die***	AS. in der Erwägung, dass der ***Konflikt zwischen Russland und der*** Ukraine den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt ***hat***;

Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 465
Konstantinos Arvanitis, Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Erwägung AS

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; ***in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive***	AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten;

sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 466
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AS

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung	AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung

eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;	eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert; ***in der Erwägung, dass die EU auch solche Desinformationen verbreitet hat, wie das Beispiel Polens zeigt, wo während der sogenannten Erkundungsmission nach Polen und zahlreicher Aussprachen und Anhörungen Desinformation genutzt wurde, um die legitimen Maßnahmen der konservativen Regierung an der polnisch-belarussischen Grenze zu diskreditieren;***

Or. en

Änderungsantrag 467
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AS

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung ***Russlands*** zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der	AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung ***durch Drittstaaten*** zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der

Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;	Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert; ***in der Erwägung, dass ein erheblicher Teil der Informationen als Verschlusssache eingestuft ist, häufig in erster Linie innerhalb der nationalen Sicherheits- und Nachrichtendienste behandelt wird und möglicherweise nicht für die öffentliche Kontrolle zur Verfügung steht; in der Erwägung, dass in diesem Zusammenhang die Möglichkeit eingeschränkt sein kann, wenn es darum geht, die Richtigkeit der Informationen zu überprüfen;***
	Or. en

Änderungsantrag 468
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Erwägung AS

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen	AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf 1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr beläuft; in der Erwägung, dass ***bestimmte Drittländer häufig öffentliche politische Diskurse einsetzen, um Desinformation zu verbreiten und die souveränen Rechte der Mitgliedstaaten mit dem Ziel in Frage zu stellen, die öffentliche Meinung und das***

Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;

Wahlverhalten ihrer eigenen Bürgerinnen und Bürger zu manipulieren; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 469
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AS

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf ***1 Mrd. bis 2 Mrd. USD pro Jahr*** beläuft; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf	AS. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Chinas selbstbewusste geopolitische Haltung den Einsatz von Desinformation, wirtschaftlichem Zwang und strategischem Einfluss verstärkt haben und sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen gefährdete Regionen wie den Westbalkan, die Länder der Östlichen Partnerschaft und den Globalen Süden richten; in der Erwägung, dass aus verschiedenen Quellen hervorgeht, dass sich das ***jährliche*** Budget Russlands für die Verbreitung von Desinformation und Propaganda auf ***mehrere Milliarden Euro*** beläuft***, die sehr strategisch investiert werden; in der Erwägung, dass die Desinformationskriegsführung Russlands von der EU nicht mit einer angemessenen Finanzierung oder Strategie angegangen***

abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;	***wird***; in der Erwägung, dass sich bei Wahlen und politischen Ereignissen in ganz Europa die anhaltende, gezielte, ausgefeilte, groß angelegte, offensive sowie hybride Kriegsführung Russlands zeigt, die darauf abzielt, das Vertrauen in unsere politischen Systeme und Institutionen zu destabilisieren und eine ständige Verwechslung von Fakten und falschen Informationen zu schaffen; in der Erwägung, dass eine solche Kriegsführung eine angemessene Reaktion und einen Übergang von einer rein defensiven zu einer offensiven Strategie erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 470
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Erwägung AS a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ASa. in der Erwägung, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie seine umfassendere hybride Kriegsführung gegen Europa und die Einmischung in die demokratischen Prozesse anderer Länder durch die nationalistische imperialistische Ideologie des „Raschismus“ ermöglicht und gerechtfertigt wurden und Teil einer umfassenderen Strategie sind, die sich gegen den Westen und seine Interessen und Werte richtet, einschließlich der regelbasierten internationalen Ordnung, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der Menschenrechte und der gemeinsamen Sicherheit; in der Erwägung, dass das Europäische Parlament die Ideologie, die Politik und die Praktiken des derzeitigen Regimes Russlands als unvereinbar mit dem Völkerrecht und den europäischen

Werten verurteilt hat;

Or. en

Änderungsantrag 471
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Erwägung AS a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ASa. in der Erwägung, dass eine Beschränkung des Europäischen Schutzschilds für die Demokratie auf bestimmte staatliche Akteure jedoch kontraproduktiv wäre, da der Schutzschild als dauerhafter, bedrohungsunabhängiger und wertebasierter Rahmen konzipiert werden muss, der nicht auf bestimmte Länder ausgerichtet ist, sondern die Sicherheit, demokratische Integrität und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union gegen jede gegenwärtige oder künftige Quelle von Einflussnahme oder Manipulation schützen soll;

Or. en

Änderungsantrag 472
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AT

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AT. in der Erwägung, dass die EUPM Moldova am 24. April 2023 mit dem ausdrücklichen Ziel eingerichtet wurde, die moldauischen Behörden bei der Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme zu unterstützen;	AT. ***in der Erwägung, dass Russland eine vielschichtige Kampagne zur hybriden Einflussnahme durchgeführt hat, um die Wahlen in der Republik Moldau 2024 und 2025 zu stören, bei der Desinformation, Finanzmanipulation, Cyberangriffe und Proxy-Netzwerke***

kombiniert wurden; in der Erwägung, dass Russland wahrscheinlich mehr als 300 Mio. EUR in diese Versuche investiert hat, diese jedoch fehlgeschlagen sind, was die Wirksamkeit der Verteidigungspolitik Moldaus unter Beweis stellt; in der Erwägung, dass die EUPM Moldova am 24. April 2023 mit dem ausdrücklichen Ziel eingerichtet wurde, die moldauischen Behörden bei der Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 473
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AT a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ATa. in der Erwägung, dass Armenien Ziel weitverbreiteter hybrider Angriffe und Einmischung ist; in der Erwägung, dass am 7. Juni 2026 die Parlamentswahl stattfinden soll, in der Erwägung, dass Cyberangriffe und böswillige Desinformationsaktivitäten infolge des Wahlprozesses zunehmen; in der Erwägung, dass dem Jahresbericht Armeniens über externe Sicherheitsrisiken zufolge ausländische Akteure ihre Agenten in Armenien aktivieren; in der Erwägung, dass die Armenisch-Apostolische Kirche ein erster Anknüpfungspunkt für Propaganda aus Russland war;

Or. en

Änderungsantrag 474

Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AT a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ATa. in der Erwägung, dass Russland im Vorfeld der Parlamentswahl im Juni 2026 aktiv in Armenien eingreift, Desinformation und politische Subversion einsetzt und die Diaspora nutzt, um die demokratische Regierung von Ministerpräsident Nikol Paschinjan zu schwächen, Friedensgespräche mit Aserbaidschan zu unterbrechen und den Einfluss des Kremls zu bekräftigen;

Or. en

Änderungsantrag 475
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AT b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ATb. in der Erwägung, dass Serbien zu einem zentralen Knotenpunkt für Desinformation und zu einem Verbündeten in puncto Einflussnahme aus Russland und – in geringerem Maße – aus China geworden ist; in der Erwägung, dass Serbien 2024 ein militantes Ausbildungslager in Verbindung mit Russland ausrichtete, in dem 100 Männer rekrutiert und geschult wurden, um während der Wahl und des Referendums in Moldau eine Massenstörung zu schaffen; in der Erwägung, dass die Cyberinfrastruktur Serbiens genutzt wurde, um ausgefeilte Spear-Phishing-Angriffe zu starten, und zwar zur Imitation der Sicherheitskonferenz in Belgrad und

gegen Beamte und Diplomaten der EU und der NATO; in der Erwägung, dass Serbien zu einem sicheren Zufluchtsort für Spione und Oligarchen aus Russland geworden ist, die Oppositionelle Russlands überwachen und Wege finden, sich den Sanktionen zu entziehen; in der Erwägung, dass serbische Bürgerinnen und Bürger in Serbien verhaftet wurden, weil sie in Frankreich und Deutschland mutmaßlich hassmotivierte Handlungen begangen haben, darunter die Verwüstung jüdischer Stätten und die Ablagerung von Schweineköpfen in der Nähe von Moscheen, um ethnische und religiöse Zwietracht zu säen;

Or. en

Änderungsantrag 476
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AT b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	ATb. in der Erwägung, dass Russland einerseits Kirchen nutzt, um Propaganda zu verbreiten, und behauptet, der einzige Verteidiger traditioneller Werte zu sein, andererseits in den besetzten ukrainischen Gebieten schwere Verletzungen der Menschenrechte und der Religionsfreiheit begangen hat; in der Erwägung, dass Russland im Jahr 2022 ein vollständiges Verbot der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche in diesen Gebieten und aller Religionsgemeinschaften, die nicht mit dem Moskauer Patriarchat verbunden sind, durchgesetzt hat; in der Erwägung, dass dies die religiöse Verfolgung als staatliche Politik Russlands charakterisiert und einen schwerwiegenden Verstoß gegen das

Völkerrecht darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 477
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 478
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat;	AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat; ***in der Erwägung, dass dieser Wandel in einigen Fällen mit einer Verringerung der finanziellen Unterstützung für unabhängige Faktenprüfungsnetze, einer zunehmenden Zurückhaltung bestimmter Plattformen bei der Beibehaltung oder Einführung robuster Schutzmaßnahmen und dem Aufkommen von Narrativen, die die Legitimität der Integrität von Inhalten und der Rechenschaftsmechanismen***

	infrage stellen, einherging; in der Erwägung, dass diese Entwicklungen das globale Ökosystem für Informationsintegrität schwächen und die Manipulationsgefahr erhöhen könnten, wodurch deutlich wird, dass die Union ihre eigenen Kapazitäten, Partnerschaften und langfristigen Verpflichtungen zur Verteidigung demokratischer Werte und zuverlässiger Informationen stärken muss;

Or. en

Änderungsantrag 479
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AU

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat;	AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat; ***in der Erwägung, dass Prüfungen und Kontrollen dieser Unterstützung in vielen Fällen weitreichende Missbräuche sowie ihre Kanalisierung in ideologische und politische Projekte aufgedeckt haben;***

Or. en

Änderungsantrag 480
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AU

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AU. in der Erwägung, dass ***die Abnahme der Unterstützung der USA*** für	AU. in der Erwägung, dass ***angesichts der anhaltenden geopolitischen***

die ***internationale Demokratie*** zu einer ***erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat***;	***Veränderungen der Zugang zu Mineralien und anderen strategischen Rohstoffen, die*** für die ***Herstellung weitverbreiteter Produkte und Dienstleistungen erforderlich sind und von denen die moderne Gesellschaft abhängt,*** zu einer ***Frage der strategischen Souveränität und Sicherheit geworden ist***;

Or. en

Änderungsantrag 481
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung AU

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat;	AU. in der Erwägung, dass die ***besorgniserregende*** Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie***, unter anderem durch den Rückzug aus wichtigen multilateralen und internationalen Rahmen,*** zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat;

Or. en

Änderungsantrag 482
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke	AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA für die internationale Demokratie zu einer erheblichen globalen Finanzierungslücke

bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat;	bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss geführt hat***, insbesondere im Globalen Süden***;

Or. en

Änderungsantrag 483
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Erwägung AU

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA ***für die internationale Demokratie*** zu einer erheblichen ***globalen*** Finanzierungslücke ***bei der Bekämpfung von Desinformation und autoritärem Einfluss*** geführt hat;	AU. in der Erwägung, dass die Abnahme der Unterstützung der USA zu einer erheblichen Finanzierungslücke ***für Projekte gegen die Einflussnahme aus dem Ausland*** geführt hat;

Or. en

Änderungsantrag 484
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUa. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament häufig Ziel von Spionage und Einflussnahme aus dem Ausland ist, unter anderem der berüchtigte Katargate-Skandal, die Verurteilung des Assistenten von Maximilian Krah wegen Spionage im Auftrag Chinas, das MdEP Fidias für die Kreml-Propaganda sowie die engen Verbindungen von Sergej Erler, dem Assistenten des MdEP der AfD Hans Neuhoff, zu Militanten Russlands; in der Erwägung, dass diese MdEP und Mitarbeiter Zugang zu sensiblen

Informationen und Dokumenten haben, die im Europäischen Parlament verfügbar sind;

Or. en

Änderungsantrag 485
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung AU a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUa. in der Erwägung, dass dieser Wandel unter Hinweis auf die nationale Sicherheitsstrategie der USA vom 5. Dezember 2025 dringende und verstärkte Maßnahmen auf europäischer Ebene erfordert, um die demokratische Widerstandsfähigkeit zu wahren und der Manipulation von Informationen und der Einflussnahme aus dem Ausland entgegenzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 486
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Erwägung AU a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUa. in der Erwägung, dass der Bericht des Justizausschusses des US-Repräsentantenhauses mit dem Titel „The Foreign Censorship Threat, Part II“ (Die Bedrohung durch ausländische Zensur, Teil II) die jahrzehntelange Einmischung der Kommission in die Moderation von Online-Inhalten und ihre Versuche, die freie Meinungsäußerung einzuschränken, aufzeigt;

Or. en

Änderungsantrag 487
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUb. in der Erwägung, dass einflussreiche europäische Politiker, die Zugang zu sensiblen Informationen haben, weiterhin enge, oft geheime Beziehungen zum Kreml unterhalten; in der Erwägung, dass der ehemalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Matthias Platzeck, Russland auch nach dem groß angelegten Einmarsch Russlands in die Ukraine weiterhin regelmäßig besucht hat; in der Erwägung, dass Ralf Stegner, Mitglied des parlamentarischen Kontrollausschusses des Bundestags, im April 2025 in Baku mit dem ehemaligen russischen Ministerpräsidenten, dem Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums von Gazprom und dem von der EU mit Sanktionen belegten Vorsitzenden des russischen Menschenrechtsrats zusammengetroffen ist;

Or. en

Änderungsantrag 488
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Erwägung AU b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUb. in der Erwägung, dass Meta im Januar 2025 sein Programm zur Faktenprüfung durch Dritte in den USA

beendet und eingeräumt hat, dass es zu einem Instrument für die übermäßige Zensur legitimer politischer Äußerungen geworden ist, und zu einem gemeinschaftsbasierten Modell übergeht, um eine offenere Debatte zu ermöglichen; in der Erwägung, dass der Vorschlag der EU, Netzwerke zur Faktenprüfung mit institutionellem Einfluss zu finanzieren, die Gefahr birgt, dieselben Fehler zu wiederholen, Zensur zu ermöglichen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und bestimmten Narrativen Vorrang vor anderen einzuräumen;

Or. en

Änderungsantrag 489
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUc. in der Erwägung, dass China im Vergleich zu anderen Akteuren ausgefeiltere Methoden anwendet, um Einfluss in der EU zu gewinnen, unter anderem durch die Kooptierung politischer Eliten, das Ködern ehemaliger Amtsträger mit lukrativen Arbeitsplätzen und den Aufbau eines umfassenden Netzes von Studierenden, Forschenden und Wirtschaftsakteuren, die Narrative und politische Maßnahmen zugunsten Chinas vorantreiben sollen;

Or. en

Änderungsantrag 490
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag

Erwägung AU d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUd. in der Erwägung, dass China nach Angaben einer parteiübergreifenden US-Kommission eine Desinformationskampagne durchgeführt hat, um französische Rafale-Kampfflugzeuge zu diskreditieren, die von Indien im Konflikt zwischen Indien und Pakistan 2025 gegen chinesische Waffen eingesetzt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 491
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUe. in der Erwägung, dass interne Einmischung und Spionage nach wie vor große Probleme darstellen, wobei verschiedene Berichte darauf hindeuten, dass der Geheimdienst von Victor Orbán seit Jahren ein geheimes Spionagenetz innerhalb der Organe der Europäischen Union in Brüssel betreibt; in der Erwägung, dass die Ukraine ein Netzwerk von Agenten aufgedeckt hat, die für den militärischen Nachrichtendienst Ungarns arbeiten und Informationen über Schwachstellen in der militärischen Sicherheit der transkarpatischen Region sammeln; in der Erwägung, dass Victor Orbán die Ukraine in einer Kundgebungsrede als „Feind“ Ungarns bezeichnet hat;

Or. en

Änderungsantrag 492
Helmut Brandstätter, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUf. in der Erwägung, dass in einem öffentlichen Video der stellvertretende Militärattaché der russischen Botschaft in der Slowakei zu sehen ist, der einem Mitwirkenden der slowakischen Desinformationswebsite Hlavné správy, die für das Recycling von Propaganda aus Russland berüchtigt ist, Bargeld übergeben und über die Rekrutierung und die Erhebung politischer Informationen im Zusammenhang mit der EU und der NATO diskutiert hat; in der Erwägung, dass die ukrainische Nachrichtenagentur Espresso TV ein Netz slowakischer Nachrichtenwebsites aufgedeckt hat, die Desinformation und russische Propaganda verbreiten; in der Erwägung, dass diese Websites, auf denen häufig auf staatliche russische Medien Bezug genommen wird, russische Kriegsverbrechen rechtfertigen, EU-feindliche Propaganda verbreiten und die Ukrainerinnen und Ukrainer entmenschlichen;

Or. en

Änderungsantrag 493
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AU g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AUg. in der Erwägung, dass eine Reihe von Italienern, darunter mindestens zwei Journalisten, die junge Faschisten in der Partei von Premierminister Giorgia

Meloni exponiert haben, mit hochentwickelter Söldner-Spähsoftware ins Visier genommen wurden, die höchstwahrscheinlich von den in Israel ansässigen Paragon Solutions hergestellt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 494
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AV

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AV. in der Erwägung, dass mit internationalen Initiativen, einschließlich der Initiativen der Vereinten Nationen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der G7, Grundsätze und Rahmenbedingungen für den Schutz der Integrität von Informationen allmählich festgelegt werden, die in demokratischen Werten, Medienpluralismus und Menschenrechten verankert sind;	AV. in der Erwägung, dass mit internationalen Initiativen, einschließlich der Initiativen der Vereinten Nationen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung***, gleichgesinnter Länder in Ostasien wie Japan und Taiwan*** und der G7, Grundsätze und Rahmenbedingungen für den Schutz der Integrität von Informationen allmählich festgelegt werden, die in demokratischen Werten, Medienpluralismus und Menschenrechten verankert sind;

Or. en

Änderungsantrag 495
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AV a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AVa. in der Erwägung, dass in der Veröffentlichung des Berichts von Sauli Niinistö mit dem Titel „Safer Together –

Strengthening Europe's Civilian and Military Preparedness and Readiness" (Gemeinsam für mehr Sicherheit – Stärkung der zivilen und militärischen Vorsorge und Bereitschaft Europas) hervorgehoben wurde, dass die Union von einer vorwiegend reaktiven Krisenbewältigung zu einer proaktiven und umfassenden Vorsorgestrategie übergehen muss; in der Erwägung, dass in den Empfehlungen betont wird, dass nachhaltige und gemeinsame Investitionen erforderlich sind, um langfristige Widerstandsfähigkeit aufzubauen; in der Erwägung, dass ein solcher integrierter Vorsorgeansatz, bei dem zivile, militärische, technologische und gesellschaftliche Dimensionen kombiniert werden, für die Stärkung der demokratischen Resilienz der Union und ihrer Fähigkeit, Informationsmanipulation, hybride Einflussnahme und andere destabilisierende Handlungen zu antizipieren und zu bekämpfen, unmittelbar relevant ist;

Or. en

Änderungsantrag 496
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Lukas Mandl, Sandra Kalniete, Tomas Tobé, Mika Aaltola, Sander Smit, Marta Wcisło, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Erwägung AW

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU darstellt; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation	AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU darstellt; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind***; in der Erwägung, dass hybride Kampagnen gegen demokratische***

und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;

Systeme häufig über mehrschichtige Ökosysteme von Verbündeten und Vermittlern, einschließlich nichtstaatlicher Stellen, transnationaler Netzwerke und Strukturen der Kriminalität als Dienstleistung, durchgeführt werden, die sich auf logistische, finanzielle und technische Enabler wie undurchsichtige Finanzierungsinstrumente, Online-Monetisierungswege, Werbenetzwerke und koordiniertes unauthentisches Verhalten stützen; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen; ***in der Erwägung, dass die wirksame Unterbindung und Bekämpfung von Informationsmanipulation eine sektorübergreifende Zusammenarbeit in der gesamten Gesellschaft erfordert; in der Erwägung, dass die europäischen Sicherheitsdienste festgestellt haben, dass neben staatlich geförderten hybriden Bedrohungen bestimmte nichtstaatliche und transnationale ideologische Netzwerke langfristig Einfluss nehmen und Infiltration verfolgen, um die demokratischen Werte und den sozialen Zusammenhalt in der Union auszuhöhlen; in der Erwägung, dass dies Organisationen wie die Muslimbruderschaft umfasst, die nach nationalen Erkenntnissen und Sicherheitsbewertungen über***

Frontorganisationen, Bildungsstrukturen und Strukturen der Zivilgesellschaft tätig ist, um verdeckten politischen und gesellschaftlichen Einfluss auszuüben, ohne nach Unionsrecht einheitlich als terroristische Organisation eingestuft zu werden;

Or. en

Änderungsantrag 497
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AW

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellt***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind***; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung***; ***in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;***	AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellen***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind***, einschließlich der Kommission***;

Or. en

Änderungsantrag 498
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Erwägung AW

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellt***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;	AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellen***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen; ***in der Erwägung, dass Desinformation häufig mit feindseligen ausländischen Akteuren in Verbindung gebracht wird und dass die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen auch davon abhängt, dass Regierungen von der Verbreitung unrichtiger, irreführender oder politisch instrumentalisierter Informationen absehen, insbesondere im Fall von Naturkatastrophen, gesundheitlichen Notlagen und humanitären Krisen;***

Or. en

Änderungsantrag 499
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AW

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellt***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;	AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***und ihrer Mitgliedstaaten darstellen***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen ***sollten***, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;

Or. en

Änderungsantrag 500
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung AW

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellt***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen ***manipulativer*** Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz ***und*** der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;	AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellen***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen ***von manipulativen*** Informationstätigkeiten ***und Desinformation*** auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz***,*** der digitalen Kompetenz ***und der KI-Kompetenz*** in allen Altersgruppen;

Or. en

Änderungsantrag 501
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung AW

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellt***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen	AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellen***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen

manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden ***sollte,*** insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;

manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der EU tätig sind; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext ***sowie dessen Auswirkungen*** weiter untersucht und verstanden werden ***sollten*** insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;

Or. en

Änderungsantrag 502
Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Erwägung AW

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellt***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, ***die in der EU tätig sind***; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und	AW. in der Erwägung, dass ausländische Informationsmanipulation und Einmischung eine zunehmende Herausforderung für die demokratische Resilienz der EU ***darstellen***; in der Erwägung, dass bestimmte Formen manipulativer Informationstätigkeiten auch von Akteuren ***in der EU*** ausgehen können, ***einschließlich der Mitgliedstaaten***; in der Erwägung, dass das Phänomen der Informationsmanipulation und Einmischung im innerstaatlichen Kontext weiter untersucht und verstanden werden sollte, insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation

Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;	und Einmischung; in der Erwägung, dass die vorgestellten Maßnahmen zur Bekämpfung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auch dazu beitragen, die allgemeine Resilienz der Gesellschaften im nationalen Kontext zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Steigerung des Situationsbewusstseins, die Verstärkung der Transparenz und Pluralität sowie die Stärkung der Medienkompetenz und der digitalen Kompetenz in allen Altersgruppen;

Or. en

Änderungsantrag 503
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung AW a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWa. in der Erwägung, dass Angriffe und Desinformation, die sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter, die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, das Recht auf Abtreibung, eine umfassende Sexualerziehung und die Rechte von LGBTIQ+-Personen – insbesondere Transgender-Personen – richten, keine isolierten Vorfälle sondern Teil umfassenderer antidemokratischer Strategien sind, die darauf abzielen, demokratische Institutionen und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu untergraben; in der Erwägung, dass autoritäre und ultrakonservative Akteure Anti-Gender-Narrative instrumentalisieren, um Gesellschaften zu polarisieren, Menschenrechtsrahmen zu delegitimieren und marginalisierte Gemeinschaften, darunter Frauen, rassifizierte Bevölkerungsgruppen und Migranten sowie LGBTIQ+-Personen, zum Sündenbock zu machen; in der

Erwägung, dass diese Kampagnen zur Einflussnahme und Verbreitung von Desinformation länderübergreifend und finanziell gut ausgestattet sind und von Akteuren sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union, darunter politische Parteien, Regierungen und externe Quellen, unterstützt werden; in der Erwägung, dass das Europäische Parlamentarische Forum für sexuelle und reproduktive Rechte (European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights, EPF) in seinem Bericht mit dem Titel „Tip of the Iceberg" (Spitze des Eisbergs, 2021) dokumentiert hat, dass zwischen 2009 und 2018 mehr als 707 Mio. USD an Finanzmitteln an Anti-Gender-Organisationen flossen, wobei der Großteil davon aus europäischen Quellen stammte;

Or. en

Änderungsantrag 504
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AW a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWa. in der Erwägung, dass manipulative Informationstätigkeiten auch von Akteuren ausgehen können, die in der Union tätig sind; in der Erwägung, dass weiterhin klar und auf operativ sinnvolle Weise zwischen Einflussnahme aus dem Ausland und innenpolitischen Tätigkeiten unterschieden werden muss, um unzulässige Einschränkungen der rechtmäßigen politischen Meinungsäußerung zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 505

Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Erwägung AW a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWa. in der Erwägung, dass sich die Initiativen zur Faktenprüfung in den letzten Jahren vervielfacht haben, was ernsthafte Fragen hinsichtlich ihrer Methoden, Verwaltung, Finanzierung und Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit aufwirft; in der Erwägung, dass keine Institution es darstellen sollte, als habe sie die Wahrheit für sich gepachtet, oder die öffentliche Debatte kontrollieren sollte;

Or. en

Änderungsantrag 506
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung AW b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWb. in der Erwägung, dass Desinformation unverhältnismäßig stark auf die schutzbedürftigsten und im Verlauf der Geschichte am stärksten ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen abzielt, darunter Flüchtlinge und Asylsuchende, ethnische und religiöse Minderheiten sowie sexuelle und geschlechtsspezifische Minderheiten, und zu Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt anregen, die öffentliche Unterstützung für die Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter untergraben, Frauenfeindlichkeit und Polarisierung schüren und zu Rückschritten im Bereich der Demokratie und der Menschenrechte beitragen kann;

Or. en

Änderungsantrag 507
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AW b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWb. in der Erwägung, dass Einflussnahme aus dem Ausland auch über Organisationen ausgeübt werden kann, die sich als unabhängige Akteure der Zivilgesellschaft darstellen, aber strukturelle, finanzielle oder organisatorische Verbindungen zu ausländischen Regierungen oder Regierungsparteien unterhalten; in der Erwägung, dass Transparenz in Bezug auf solche Verbindungen von wesentlicher Bedeutung ist, um das Vertrauen in demokratische Prozesse und die Politikgestaltung zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 508
Jonas Sjöstedt, Konstantinos Arvanitis, Li Andersson

Entschließungsantrag
Erwägung AW c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWc. in der Erwägung, dass geschlechtsspezifische Desinformation eine zunehmende und eindeutige Bedrohung darstellt, die an der Schnittstelle zwischen den Bereichen Desinformation und Geschlecht wirkt und sich unverhältnismäßig stark gegen Frauen, nicht geschlechtskonforme Menschen und LGBTIQ+-Personen richtet, und zwar durch irreführende oder unrichtige Inhalte, frauenfeindliche Narrative, sexualisiertes und grafisches Material, Online-Belästigung und

Gewaltandrohungen, Cyberangriffe und koordinierte Verleumdungskampagnen;

Or. en

Änderungsantrag 509
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AW c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWc. in der Erwägung, dass sich Risiken für die Integrität des demokratischen Diskurses nicht nur aus der aus dem Ausland gesteuerten Manipulation von Informationen ergeben können, sondern auch aus koordinierten innenpolitischen Systemen der Narrativgestaltung, insbesondere durch aus öffentlichen Mitteln finanzierte Kommunikationsnetze, Interessenvertretungsinfrastruktur und Kampagnen zur Einflussnahme; in der Erwägung, dass derartige Tätigkeiten, selbst wenn sie rechtmäßig sind, Transparenz erfordern, um den Pluralismus und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 510
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung AW d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AWd. in der Erwägung, dass geschlechtsspezifische Desinformation in erster Linie gegen Frauen und LGBTIQ+-Personen gerichtet ist, die Machtpositionen innehaben oder in der

Öffentlichkeit stehen, wie Journalistinnen und Journalisten, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Politikerinnen und Politiker, und darauf abzielen, sie zum Schweigen zu bringen, ihren Rückzug aus dem öffentlichen Raum oder dem Onlineumfeld zu erzwingen, ihre Beweggründe zu diskreditieren, die öffentliche Meinung zu manipulieren und die Demokratie zu untergraben, unter anderem durch Angriffe auf die Rechte von Transgender-Personen, das Recht auf Abtreibung und eine inklusive umfassende Sexualerziehung, an denen häufig sowohl ausländische als auch inländische staatliche und nichtstaatliche Akteure beteiligt sind;

Or. en

Änderungsantrag 511
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AX

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AX. in der Erwägung, dass die ***im Dezember 2023 veröffentlichten Empfehlungen der*** Kommission ***zu inklusiven und stabilen Wahlprozessen in*** der Union ***noch in allen*** Mitgliedstaaten ***vollständig umgesetzt werden müssen, einschließlich der Bestimmungen, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden während und im Vorfeld von Wahlprozessen durch die Einrichtung nationaler Wahlnetze zu stärken***;	AX. in der Erwägung, dass die Kommission ***die Grenzen ihrer Befugnisse und die Befugnisse, die anderen Organen*** der Union ***und den*** Mitgliedstaaten ***im Bereich Wahlen und nationale Souveränität übertragen wurden, achten und gleichzeitig die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität respektieren sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 512
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AX

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AX. in der Erwägung, dass die im Dezember 2023 veröffentlichten Empfehlungen der Kommission zu inklusiven und stabilen Wahlprozessen in der Union ***noch in allen Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt werden müssen***, einschließlich der Bestimmungen, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden während und im Vorfeld von Wahlprozessen durch die Einrichtung nationaler Wahlnetze zu stärken;	AX. in der Erwägung, dass die im Dezember 2023 veröffentlichten Empfehlungen der Kommission zu inklusiven und stabilen Wahlprozessen in der Union, einschließlich der Bestimmungen, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden während und im Vorfeld von Wahlprozessen durch die Einrichtung nationaler Wahlnetze zu stärken***, nicht verbindlich sind und daher nicht in allen Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt werden müssen***;

Or. en

Änderungsantrag 513
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Erwägung AX a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AXa. in der Erwägung, dass bestimmte länderübergreifende ideologische Netzwerke, die innerhalb der Union und unionsweit tätig sind, über Frontorganisationen und rechtmäßig eingetragene Strukturen in den Bereichen Bildung, Wohltätigkeit, Religion und Zivilgesellschaft langfristige, stufenweise und häufig undurchsichtige Strategien der Einflussnahme verfolgen; in der Erwägung, dass die europäischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste in mehreren Mitgliedstaaten Bedenken in Bezug auf Netzwerke geäußert haben, die mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass das Fehlen eines gemeinsamen unionsweiten Lagebilds und koordinierter

Schutzmaßnahmen die Gefahr birgt, dass demokratische Systeme, einschließlich politischer Parteien, öffentlicher Verwaltungen und der EU-Organe, weiter unterwandert werden;

Or. en

Änderungsantrag 514
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Erwägung AX b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AXb. in der Erwägung, dass die französische Nationalversammlung in ihrer europäischen Entschließung vom 22. Januar 2026 eine rechtliche und sachliche Bewertung auf EU-Ebene des länderübergreifenden Netzes der Muslimbruderschaft, seiner Auswirkungen in Europa und seiner Arbeitsmethoden gefordert und dabei die Erkenntnisse der nationalen Sicherheits- und Nachrichtendienste mehrerer Mitgliedstaaten angeführt hat;

Or. en

Änderungsantrag 515
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Erwägung AX c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AXc. in der Erwägung, dass die Hamas von der Union als terroristische Vereinigung eingestuft wurde; in der Erwägung, dass in der Entschließung der französischen Nationalversammlung dargelegt wird, dass die Hamas mit der Muslimbruderschaft in Verbindung steht,

und zwar als deren palästinensischer Zweig; in der Erwägung, dass es für die Bewertung der Risiken für die demokratische Integrität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig ist, Verbindungen, Unterstützungsformen und Zugangswege zwischen gelisteten terroristischen Vereinigungen und länderübergreifenden ideologischen Netzwerken zu verstehen;

Or. en

Änderungsantrag 516
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Erwägung AX d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AXd. in der Erwägung, dass mehrere Mitgliedstaaten, darunter Schweden, Risiken im Zusammenhang mit der langfristigen ideologischen Unterwanderung und Infiltration rechtmäßig agierender Organisationen durch länderübergreifende islamistische Netzwerke ermittelt haben; in der Erwägung, dass die nationalen Behörden verhältnismäßige Maßnahmen ergriffen haben, darunter staatliche Untersuchungen und Präventivmaßnahmen, was die Bedeutung der Früherkennung und des Lagebewusstseins verdeutlicht;

Or. en

Änderungsantrag 517
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung AY

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AY. in der Erwägung, dass das ECNE in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle gespielt hat, es derzeit jedoch nicht über die erforderlichen Ressourcen und Kapazitäten verfügt, um seine Tätigkeiten aufzuwerten;	AY. in der Erwägung, dass das ECNE in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle gespielt hat, es derzeit jedoch nicht über die erforderlichen Ressourcen und Kapazitäten verfügt, um seine Tätigkeiten aufzuwerten; ***in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten damit klar signalisieren, dass über den Austausch über bewährte Verfahren hinaus keine Bereitschaft besteht, eine Einmischung in Wahlprozesse, insbesondere deren Zentralisierung auf EU-Ebene, zuzulassen;***

Or. en

Änderungsantrag 518
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung AY

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AY. in der Erwägung, dass das ECNE in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle gespielt hat, es derzeit jedoch nicht über die erforderlichen Ressourcen und Kapazitäten verfügt, um seine Tätigkeiten aufzuwerten;	AY. in der Erwägung, dass das ECNE in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle gespielt hat, es derzeit jedoch nicht über die erforderlichen Ressourcen und Kapazitäten verfügt, um seine Tätigkeiten aufzuwerten; ***betont, dass die Kommission im nächsten MFR Mittel für das ECNE bereitstellen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 519
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung AY

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
AY. in der Erwägung, dass das ECNE ***in***	AY. in der Erwägung, dass das ECNE

den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle gespielt hat, es derzeit jedoch nicht über die erforderlichen Ressourcen und Kapazitäten verfügt, um seine Tätigkeiten ***aufzuwerten***;	seine Tätigkeiten ***strikt innerhalb des im Vertrag verankerten Rechtsrahmens und der in den Verträgen verankerten Grundprinzipien ausüben muss, wonach die Organisation und Durchführung der Wahlen der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten vorbehalten ist***;

Or. en

Änderungsantrag 520
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung AZ a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	AZa. in der Erwägung, dass Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und der Vorbereitung auf Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland nicht zu einer dauerhaften Institutionalisierung einer auf Notfälle ausgerichteten Governance im Informationsbereich führen dürfen; in der Erwägung, dass demokratische Gesellschaften auch in unruhigen Zeiten auf Rechtssicherheit, herkömmlichen demokratischen Auseinandersetzungen und dem Schutz der Grundrechte beruhen;

Or. en

Änderungsantrag 521
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Erwägung BA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BA. in der Erwägung, dass es eindeutig	BA. in der Erwägung, dass es eindeutig

notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen waren, zu stärken, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024;	notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen waren, zu stärken, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024; ***in der Erwägung, dass im Bericht der ENISA von 2019 bereits empfohlen wurde, Wahlsysteme, -verfahren und -infrastruktur als kritische Infrastruktur einzustufen, damit die erforderlichen Cybersicherheitsmaßnahmen ergriffen werden;***
	Or. en

Änderungsantrag 522
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung BA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BA. in der Erwägung, dass es eindeutig notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien***, die ebenfalls Ziel von*** Cyberangriffen ***waren,*** zu stärken, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024;	BA. in der Erwägung, dass es eindeutig notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien ***vor*** Cyberangriffen ***und feindseliger Einflussnahme*** zu stärken***, unter anderem indem durch gezielte Unterstützung und Beratung auf Unionsebene sichergestellt wird, dass sie sich selbst wirksam schützen können, ohne dass eine zentrale Kontrolle auferlegt wird***, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024;
	Or. en

Änderungsantrag 523
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag

Erwägung BA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BA. in der Erwägung, dass es eindeutig notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen waren, zu stärken, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024;	BA. in der Erwägung, dass es eindeutig notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen***, Informationsmanipulation und Einflussnahme*** waren, zu stärken, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024;

Or. en

Änderungsantrag 524
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung BA

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BA. in der Erwägung, dass es eindeutig notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen waren, zu stärken, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024;	BA. in der Erwägung, dass es eindeutig notwendig ist, den Schutz der Wahlinfrastruktur und der nationalen politischen Parteien, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen***, ausländischer Informationsmanipulation und Einflussnahme*** waren, zu stärken, nicht zuletzt angesichts der groß angelegten Cyberangriffe auf die rumänischen Wahlbehörden im Herbst 2024;

Or. en

Änderungsantrag 525
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Erwägung BB

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BB. in der Erwägung, dass die verdeckte Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in der EU durch Drittländer eine Bedrohung für die Legitimität des demokratischen Prozesses darstellt;	BB. in der Erwägung, dass die verdeckte Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in der EU durch Drittländer eine Bedrohung für die Legitimität des demokratischen Prozesses darstellt; ***in der Erwägung, dass die bestehenden dokumentierten Fälle ausländischer Einflussnahme vonseiten autoritärer Regime durch eine direkte oder indirekte Finanzierung politischer Parteien, Stiftungen oder damit verbundener Medienorganisationen in der Union, die etwa in EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich, Spanien und Rumänien festgestellt wurden, eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Resilienz und die Integrität von Wahlen darstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 526
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BB

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BB. in der Erwägung, dass die verdeckte Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in der EU durch Drittländer eine Bedrohung für die Legitimität des demokratischen Prozesses darstellt;	BB. in der Erwägung, dass die verdeckte Finanzierung politischer Parteien und Bewegungen in der EU durch Drittländer eine Bedrohung für die Legitimität des demokratischen Prozesses darstellt; ***in der Erwägung, dass eine Bedrohung der Demokratie auch von ausländischen Bewegungen ausgeht, die politische Ziele verfolgen und verdeckt von externen Akteuren, bestimmten europäischen Hauptstädten sowie von der Union selbst finanziert werden; in der Erwägung, dass viele Mitgliedstaaten jegliche von außerhalb der EU stammende Finanzierung politischer Parteien ausschließen;***

Or. en

Änderungsantrag 527
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Erwägung BBa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BBa. In der Erwägung, dass ehemalige Regierungschefs, die vergütete Positionen oder Beratungsfunktionen bei autoritären Regimen von Drittstaaten wie Russland, Iran oder Venezuela oder staatlich kontrollierten Unternehmen dieser Länder annehmen oder andere Formen der Zusammenarbeit mit ihnen eingehen, die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik der Union und die Unabhängigkeit ihrer internen Entscheidungsfindung untergraben können;

Or. en

Änderungsantrag 528
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung BC

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BC. in der Erwägung, dass die Unabhängigkeit der Justiz ein unverzichtbares strukturelles Element der Integrität von Wahlen ist; in der Erwägung, dass die Integrität von Wahlen davon abhängt, dass es zugängliche und wirksame Rechtsbehelfe gegen Verstöße gegen das Wahlrecht und gegen Wahlverfahren gibt, die vor politischer Einflussnahme bzw. Einflussnahme durch die Exekutive geschützt sind;	BC. in der Erwägung, dass die Unabhängigkeit der Justiz ein unverzichtbares strukturelles Element der Integrität von Wahlen ist; in der Erwägung, dass die Integrität von Wahlen davon abhängt, dass es zugängliche und wirksame Rechtsbehelfe gegen Verstöße gegen das Wahlrecht und gegen Wahlverfahren gibt, die vor politischer Einflussnahme bzw. Einflussnahme durch die Exekutive geschützt sind; ***in der Erwägung, dass auf diese spezifische Dimension trotz des***

offensichtlichen Zusammenhangs zwischen der Unabhängigkeit der Justiz und der Glaubwürdigkeit der Wahlprozesse im Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit noch nicht systematisch eingegangen wird, womit eine Gelegenheit verpasst wird, die Frühwarn- und Überwachungskapazitäten in diesem Bereich zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 529
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BC

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BC. in der Erwägung, dass die Unabhängigkeit der Justiz ein unverzichtbares strukturelles Element der Integrität von Wahlen ist; in der Erwägung, dass die Integrität von Wahlen davon abhängt, dass es zugängliche und wirksame Rechtsbehelfe gegen Verstöße gegen das Wahlrecht und gegen Wahlverfahren gibt, die vor politischer Einflussnahme bzw. Einflussnahme durch die Exekutive geschützt sind;	BC. in der Erwägung, dass die Unabhängigkeit der Justiz ein unverzichtbares strukturelles Element der Integrität von Wahlen ist; in der Erwägung, dass die Integrität von Wahlen davon abhängt, dass es zugängliche und wirksame Rechtsbehelfe gegen Verstöße gegen das Wahlrecht und gegen Wahlverfahren gibt, die vor ***Einflussnahme aus dem Ausland und interner*** politischer Einflussnahme bzw. Einflussnahme durch die Exekutive geschützt sind; ***in der Erwägung, dass US-Beamte, die mit der Trump-Regierung in Verbindung stehen, sich im Rahmen des Gerichtsverfahrens gegen Marine Le Pen an einen französischen Richter gewandt haben;***

Or. en

Änderungsantrag 530
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag

Erwägung BC

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BC. in der Erwägung, dass die Unabhängigkeit der Justiz ein unverzichtbares strukturelles Element der Integrität von Wahlen ist; in der Erwägung, dass die Integrität von Wahlen davon abhängt, dass es zugängliche und wirksame Rechtsbehelfe gegen Verstöße gegen das Wahlrecht und gegen Wahlverfahren gibt, die vor politischer Einflussnahme bzw. Einflussnahme durch die Exekutive geschützt sind;	BC. in der Erwägung, dass die Unabhängigkeit der Justiz ein unverzichtbares strukturelles Element der Integrität von Wahlen ist; in der Erwägung, dass die Integrität von Wahlen davon abhängt, dass es zugängliche und wirksame Rechtsbehelfe gegen Verstöße gegen das Wahlrecht und gegen Wahlverfahren gibt, die vor politischer Einflussnahme bzw. Einflussnahme durch die Exekutive geschützt sind; ***in der Erwägung, dass die EU nicht befugt ist, die Organisation des Justizwesens in den Mitgliedstaaten zu bewerten;***

Or. en

Änderungsantrag 531
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BCa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BCa. in der Erwägung, dass in der nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten dargelegt wird, dass in der EU und Europa eine „Auslöschung der Zivilisation“ stattfinde und die Absicht zum Ausdruck gebracht wird, sich offen in das politische Leben in Europa einzumischen und gleichzeitig von politischer Kritik gegenüber historischen Gegnern wie Russland oder China abzusehen; in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten versuchen, das digitale Regelwerk der EU zu untergraben; in der Erwägung, dass dessen Durchsetzung weder verhandelbar ist, noch politisch durch wirtschaftlichen Zwang beeinflusst werden darf;

Or. en

Änderungsantrag 532
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung BD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und 2025 insgesamt 19 Pakete mit umfassenden und beispiellosen Sanktionen ***als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands*** gegen ***die Ukraine*** verhängt hat***, wodurch der Druck auf die Kriegswirtschaft Russlands erheblich zugenommen hat und Schlüsselsektoren, insbesondere der Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor, Sonderwirtschaftszonen sowie Unterstützer und Nutznießer seines Angriffskriegs ins Visier genommen wurden und die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland beendet wurde***; in der Erwägung, dass die EU außerdem Sanktionen gegen Belarus, Iran und Nordkorea verhängt hat***, weil sie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen***;	BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und 2025 insgesamt 19 Pakete mit umfassenden und beispiellosen Sanktionen gegen ***Russland*** verhängt hat; in der Erwägung, dass die EU außerdem Sanktionen gegen Belarus, Iran und Nordkorea verhängt hat;

Or. en

Änderungsantrag 533
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung BD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und 2025 insgesamt 19 Pakete mit umfassenden und	BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und 2025 insgesamt 19 Pakete mit umfassenden und

beispiellosen Sanktionen als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhängt hat, wodurch der Druck auf die Kriegswirtschaft Russlands erheblich zugenommen hat und Schlüsselsektoren, insbesondere der Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor***,*** Sonderwirtschaftszonen ***sowie Unterstützer und Nutznießer seines Angriffskriegs*** ins Visier genommen wurden ***und die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland beendet wurde***; in der Erwägung, dass die EU ***außerdem*** Sanktionen gegen ***Belarus, Iran und Nordkorea*** verhängt hat***, weil sie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen***;

beispiellosen Sanktionen als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhängt hat, wodurch der Druck auf die Kriegswirtschaft Russlands erheblich zugenommen hat und Schlüsselsektoren, insbesondere der Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor ***und*** Sonderwirtschaftszonen ins Visier genommen wurden; in der Erwägung, dass die EU ***im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine auch*** Sanktionen gegen ***Drittstaaten und Einrichtungen aus Drittstaaten*** verhängt hat;

Or. en

Änderungsantrag 534
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und 2025 insgesamt 19 Pakete mit umfassenden und beispiellosen Sanktionen als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhängt hat, wodurch der Druck auf die Kriegswirtschaft Russlands erheblich zugenommen hat und Schlüsselsektoren, insbesondere der Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor, Sonderwirtschaftszonen sowie Unterstützer und Nutznießer seines Angriffskriegs ins Visier genommen wurden und die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland beendet wurde; in der Erwägung, dass die EU außerdem Sanktionen gegen Belarus, Iran und Nordkorea verhängt hat, weil sie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine	BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und 2025 insgesamt 19 Pakete mit umfassenden und beispiellosen Sanktionen als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhängt hat, wodurch der Druck auf die Kriegswirtschaft Russlands erheblich zugenommen hat und Schlüsselsektoren, insbesondere der Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor, Sonderwirtschaftszonen sowie Unterstützer und Nutznießer seines Angriffskriegs ins Visier genommen wurden und die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland beendet wurde; in der Erwägung, dass die EU außerdem Sanktionen gegen Belarus, Iran und Nordkorea verhängt hat, weil sie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

unterstützen;	unterstützen; ***in der Erwägung, dass solche Maßnahmen entschlossen verstärkt und Schlupflöcher, die ihre Umgehung ermöglichen, beseitigt werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 535
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung BD

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und ***2025*** insgesamt ***19*** Pakete mit umfassenden und beispiellosen Sanktionen als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhängt hat, wodurch der Druck auf die Kriegswirtschaft Russlands erheblich zugenommen hat und Schlüsselsektoren, insbesondere der Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor, Sonderwirtschaftszonen sowie Unterstützer und Nutznießer seines Angriffskriegs ins Visier genommen wurden und die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland beendet wurde; in der Erwägung, dass die EU außerdem Sanktionen gegen Belarus, Iran und Nordkorea verhängt hat, weil sie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen;	BD. in der Erwägung, dass die EU zwischen 2022 und ***2026*** insgesamt ***20*** Pakete mit umfassenden und beispiellosen Sanktionen als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verhängt hat, wodurch der Druck auf die Kriegswirtschaft Russlands erheblich zugenommen hat und Schlüsselsektoren, insbesondere der Energie-, Finanz- und Verteidigungssektor, Sonderwirtschaftszonen sowie Unterstützer und Nutznießer seines Angriffskriegs ins Visier genommen wurden und die Abhängigkeit der EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland beendet wurde; in der Erwägung, dass die EU außerdem Sanktionen gegen Belarus, Iran und Nordkorea verhängt hat, weil sie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 536
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BD a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BDa. in der Erwägung, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments seit mehreren Jahren fordern, dass interne Dokumente der Kommission über eine mutmaßliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sloweniens offengelegt werden; in der Erwägung, dass diese Bemühungen letzlich zu einem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union führten, in dem festgestellt wurde, dass die Kommission durch ihre damalige Vizepräsidentin Věra Jourová ihre Zuständigkeiten überschritten und das Verfassungsgericht der Republik Slowenien in einer Weise beeinflusst hat, die die Verwaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beeinträchtigte; in der Erwägung, dass die Kommission nach dem Urteil nicht für Transparenz gesorgt, die angeforderten Dokumente nicht offengelegt, keine Korrektur- oder Disziplinarmaßnahmen und keine Schutzmaßnahmen ergriffen hat, um ein ähnliches Verhalten in Zukunft zu verhindern; in der Erwägung, dass wiederholte Forderungen an die Präsidentin der Kommission nach Transparenz und Folgemaßnahmen Berichten zufolge unbeantwortet blieben;

Or. en

Änderungsantrag 537
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BD b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BDb. in der Erwägung, dass die Kommunistische Partei Chinas strategische Anstrengungen unternimmt, um die Weltordnung dahingehend umzugestalten, dass die Welt anfälliger für autoritäre Herrschaft wird, unter

anderem durch Maßnahmen, die darauf abzielen, demokratische Systeme zu korrumpieren, zu destabilisieren und zu schwächen;

Or. en

Änderungsantrag 538
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BD c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BDc. in der Erwägung, dass China ein umfassendes „antidemokratisches Instrumentarium“ einsetzt, das Desinformation, wirtschaftlichen Zwang, Maßnahmen der politischen Einflussnahme, exportierte technologische Überwachung und die Zusammenarbeit mit anderen autoritären Regimen umfasst, und gleichzeitig offen feindseligen militärischen und politischen Druck auf das demokratische Taiwan ausübt;

Or. en

Änderungsantrag 539
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung BE

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BE. in der Erwägung, dass seit dem 8. Oktober 2024 der Sanktionsrahmen der EU ***die Bekämpfung einer Vielzahl hybrider Aktivitäten Russlands ermöglicht***, darunter ***die Beeinträchtigung von Wahlprozessen und der Funktionsweise demokratischer*** Institutionen, ***Bedrohungen und***	BE. in der Erwägung, dass seit dem 8. Oktober 2024 der Sanktionsrahmen der EU ***russische Bürger und Amtsträger umfasst***, darunter ***Vertreter russischer*** Institutionen, ***Strafverfolgungsbehörden und Handelsorganisationen***;

Sabotageakte gegen wirtschaftliche Aktivitäten, Dienste von öffentlichem Interesse und kritische Infrastruktur, der Einsatz koordinierter Desinformation, ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, böswillige Cyberaktivitäten, die Instrumentalisierung von Migration und andere destabilisierende Aktivitäten*; in der Erwägung, dass dieser Rahmen bereits dazu geführt hat, dass Dutzende von Personen und Organisationen, darunter russische Oligarchen, Propagandisten, Mitarbeiter militärischer Nachrichtendienste, Medien und Unternehmen, wegen der Verbreitung kremlfreundlicher Narrative, der Durchführung von Sabotageakten und der Aushöhlung demokratischer Prozesse mit Sanktionen belegt wurden; in der Erwägung, dass die EU im Rahmen der entsprechenden Maßnahmen nun Vermögenswerte einfrieren, Reiseverbote verhängen, Rundfunklizenzen aussetzen und Finanz- und Kryptowerttransaktionen im Zusammenhang mit hybriden Aktivitäten untersagen kann;*

Or. en

Änderungsantrag 540
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung BE

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BE. in der Erwägung, dass seit dem 8. Oktober 2024 der Sanktionsrahmen der EU die Bekämpfung einer Vielzahl hybrider Aktivitäten Russlands ermöglicht, darunter die Beeinträchtigung von Wahlprozessen und der Funktionsweise demokratischer Institutionen, Bedrohungen und Sabotageakte gegen wirtschaftliche Aktivitäten, Dienste von öffentlichem	BE. in der Erwägung, dass seit dem 8. Oktober 2024 der Sanktionsrahmen der EU ***ausgeweitet wurde und*** die Bekämpfung einer Vielzahl hybrider Aktivitäten Russlands ermöglicht, darunter die Beeinträchtigung von Wahlprozessen und der Funktionsweise demokratischer Institutionen, Bedrohungen und Sabotageakte gegen wirtschaftliche

Interesse und kritische Infrastruktur, der Einsatz koordinierter Desinformation, ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, böswillige Cyberaktivitäten, die Instrumentalisierung von Migration und andere destabilisierende Aktivitäten; in der Erwägung, dass dieser Rahmen bereits dazu geführt hat, dass Dutzende von Personen und Organisationen, darunter russische Oligarchen, Propagandisten, Mitarbeiter militärischer Nachrichtendienste, Medien und Unternehmen, wegen der Verbreitung kremlfreundlicher Narrative, der Durchführung von Sabotageakten und der Aushöhlung demokratischer Prozesse mit Sanktionen belegt wurden; in der Erwägung, dass die EU im Rahmen der entsprechenden Maßnahmen nun Vermögenswerte einfrieren, Reiseverbote verhängen, Rundfunklizenzen aussetzen und Finanz- und Kryptowerttransaktionen im Zusammenhang mit hybriden Aktivitäten untersagen kann;	Aktivitäten, Dienste von öffentlichem Interesse und kritische Infrastruktur, der Einsatz koordinierter Desinformation, ausländische Informationsmanipulation und Einmischung, böswillige Cyberaktivitäten, die Instrumentalisierung von Migration und andere destabilisierende Aktivitäten; in der Erwägung, dass dieser Rahmen bereits dazu geführt hat, dass Dutzende von Personen und Organisationen, darunter russische Oligarchen, Propagandisten, Mitarbeiter militärischer Nachrichtendienste, Medien und Unternehmen, wegen der Verbreitung kremlfreundlicher Narrative, der Durchführung von Sabotageakten und der Aushöhlung demokratischer Prozesse mit Sanktionen belegt wurden; in der Erwägung, dass die EU im Rahmen der entsprechenden Maßnahmen nun Vermögenswerte einfrieren, Reiseverbote verhängen, Rundfunklizenzen aussetzen und Finanz- und Kryptowerttransaktionen im Zusammenhang mit hybriden Aktivitäten untersagen kann;

Or. en

Änderungsantrag 541
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung BF

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BF. in der Erwägung, dass die Staatsorgane Russlands am 28. Dezember 2024 bekannt gegeben ***hat***, dass sie ihre schwarze Liste von EU-Bürgerinnen und Bürgern sowie Amtsträgern, darunter auch Vertreter von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, nationalen Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und Handelsorganisationen, erheblich erweitert ***habe***; ***in der Erwägung, dass diese schwarzen Liste, die sich gegen diejenigen richtet, die demokratische***	BF. in der Erwägung, dass die Staatsorgane Russlands am 28. Dezember 2024 bekannt gegeben ***haben***, dass sie ihre schwarze Liste von EU-Bürgerinnen und Bürgern sowie Amtsträgern, darunter auch Vertreter von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, nationalen Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und Handelsorganisationen, erheblich erweitert ***haben***;

Werte fördern und sich gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine aussprechen, darauf abzielt, durch undurchsichtige und willkürliche Beschränkungen, häufig ohne formelle Benachrichtigung, Begründung oder Recht auf Berufung, einzuschüchtern und Stimmen zum Schweigen zu bringen;

Or. en

Änderungsantrag 542
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BF

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BF. in der Erwägung, dass ***die Staatsorgane Russlands am 28. Dezember 2024 bekannt gegeben hat, dass sie ihre schwarze Liste von EU-Bürgerinnen und Bürgern sowie Amtsträgern, darunter auch Vertreter von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, nationalen Regierungen, Strafverfolgungsbehörden und Handelsorganisationen, erheblich erweitert habe; in der Erwägung, dass diese schwarzen Liste***, die sich gegen diejenigen ***richtet, die*** demokratische Werte fördern und sich gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine aussprechen, ***darauf abzielt***, durch ***undurchsichtige und willkürliche Beschränkungen***, häufig ohne formelle Benachrichtigung, Begründung oder Recht auf Berufung***, einzuschüchtern und Stimmen zum Schweigen zu bringen***;	BF. in der Erwägung, dass ***das Moskauer Regime auf Maßnahmen wie Haftbefehle und in Abwesenheit durchgeführte Verfahren zurückgreift***, die sich gegen diejenigen ***richten, die sich seiner imperialistischen Haltung widersetzen,*** demokratische Werte fördern und sich gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine aussprechen, ***sowie gegen diejenigen***, ***die aktiv dem Einfluss Russlands entgegenwirken, wobei die betroffenen Personen unter anderem eingeschüchtert und Stimmen*** durch ***falsche Anschuldigungen zum Schweigen gebracht werden***, häufig ohne formelle Benachrichtigung, Begründung oder Recht auf Berufung;

Or. en

Änderungsantrag 543
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung BF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BFa. in der Erwägung, dass Bedenken hinsichtlich der mit dem Beschluss (GASP) 2024/2643 des Rates und der Verordnung (EU) 2024/2642 des Rates verhängten Sanktionen zur Bekämpfung von Desinformation geäußert wurden; in der Erwägung, dass diese Sanktionsmaßnahmen vom Rat ohne angemessene rechtliche Garantien, ohne ein ordnungsgemäßes Verfahren und ohne gerichtliche Kontrolle erlassen werden, obwohl sie zur Folge haben können, dass die betroffenen Personen faktisch vom Zugang zum Finanzsystem ausgeschlossen werden und Reiseverbote gegen sie verhängt werden, wodurch ihre Möglichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und ihre Freizügigkeit auszuüben, erheblich eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass die Sanktionen nicht auf Fälle beschränkt geblieben sind, in denen eindeutig festgestellt wurde, dass es sich bei der betreffenden Information um Desinformation handelt und dass diese, wie erforderlich, zu den destabilisierenden Aktivitäten Russlands beiträgt, was potenziell zu einem Verstoß gegen Artikel 11 der Charta führen kann und besondere Risiken für die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten mit sich bringt;

Or. en

Änderungsantrag 544
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung BF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

BFa. in der Erwägung, dass die US-Regierung am 5. Dezember 2025 die neue nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten veröffentlicht hat, mit der die neue US-Außenpolitik festgelegt wurde und die unter anderem deren Grundsätze und Prioritäten sowie die Beziehungen zu verschiedenen Regionen, einschließlich Europa, und insbesondere zur Europäischen Union umfasst; in der Erwägung, dass in der nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten die Tätigkeiten der Europäischen Union als Beeinträchtigung der politischen Freiheit dargestellt werden und diese Strategie Ausdruck einer beispiellosen neuen Politik der Vereinigten Staaten ist, in deren Rahmen Widerstände gegen den derzeitigen Kurs Europas innerhalb der europäischen Nationen geschürt werden;

Or. en

Änderungsantrag 545
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BFa. in der Erwägung, dass die US-Regierung am 23. Dezember 2025 Sanktionen gegen fünf Europäer – aus dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland – angekündigt hat, die sie daran hindern, ein Visum für einen Besuch in den Vereinigten Staaten zu erhalten; in der Erwägung, dass diese Entscheidung aufgrund irreführender Vorwürfe der digitalen Zensur getroffen wurde; in der Erwägung, dass die Kommission daraufhin auf die Regelungsautonomie der EU und ihrer Mitgliedstaaten verwies und darlegte, dass sie vor ähnlichen Eingriffen geschützt

werden müsse, um die Verbreitung von Desinformation und Hetze in ganz Europa zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 546
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung BF a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BFa. in der Erwägung, dass die Türkei, ein wichtiger NATO-Bündnispartner, seit 1974 immer noch fast 40 % der Insel Zypern besetzt und ihr wiederholte Verletzungen des Luftraums der Insel vorgeworfen werden;

Or. en

Änderungsantrag 547
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung BF b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BFb. in der Erwägung, dass die US-Regierung am 23. Dezember 2025 Sanktionen in Form eines Verbots der Visumerteilung gegen fünf europäische Bürger verhängt hat, darunter das ehemalige Kommissionsmitglied Thierry Bretton und vier Aktivisten, die sich gegen Desinformation einsetzen, aus Deutschland und dem Vereinigten Königreich; in der Erwägung, dass die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments am 22. Januar 2026 die Entscheidung der US-Behörden über ein Visumverbot für die fünf

europäischen Bürger als gefährlichen Präzedenzfall mit Blick auf die Unabhängigkeit der EU-Organe und als Angriff auf die Souveränität der EU im Bereich der Regulierung abgelehnt hat;

Or. en

Änderungsantrag 548
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung BF c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BFc. in der Erwägung, dass die Trump-Regierung angekündigt hat, Organisationen oder Denkfabriken in Europa, die mit ihrer nationalen Sicherheitsstrategie im Einklang stehen, zu unterstützen, um vor dem Hintergrund der Feierlichkeiten zum 250. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes einen Regimewechsel herbeizuführen; in der Erwägung, dass Beamte des US-Außenministeriums nach Europa gereist sind, um europäische Organisationen, die die Regierungspolitik untergraben wollen, zu treffen und finanziell zu unterstützen; in der Erwägung, dass diese Bemühungen speziell auf das Gesetz des Vereinigten Königreichs über Sicherheit im Internet und das Gesetz der EU über digitale Dienste ausgerichtet waren; in der Erwägung, dass die Trump-Regierung die Bemühungen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, härtere Sanktionen gegen Russland oder die Unabhängigkeit Europas von Gas aus Russland abzulehnen, öffentlich unterstützt hat;

Or. en

Änderungsantrag 549
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung BG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BG. in der Erwägung, dass sich hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die inneren Angelegenheiten der EU darstellen und die demokratischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten destabilisieren, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat;	BG. in der Erwägung, dass sich hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die inneren Angelegenheiten der EU darstellen und die demokratischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten destabilisieren, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat; ***in der Erwägung, dass der sich entwickelnde Einsatz digitaler Instrumente und Desinformationstechniken zunehmend Muster widerspiegelt, die für die Vorgehensweisen der organisierten Kriminalität außerhalb des politischen Bereichs typisch sind, darunter die koordinierte Vermarktung betrügerischer Verkäufe von Waren und Dienstleistungen, irreführende Werbung für nicht existierende Produkte und betrügerische Fundraising-Aktivitäten, einschließlich der Einwerbung von Spenden für fiktive wohltätige Zwecke;***

Or. en

Änderungsantrag 550
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung BG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BG. in der Erwägung, dass sich hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die inneren Angelegenheiten der EU darstellen und die demokratischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten destabilisieren, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat;	BG. in der Erwägung, dass sich hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die inneren Angelegenheiten der EU darstellen und die demokratischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten destabilisieren, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat; ***in der Erwägung, dass es Fälle gibt, in denen sensible Daten für gezielte Werbung verwendet wurden, um junge ukrainische Männer mithilfe russischer Desinformation davon abzuhalten, sich zur Armee zu melden, und um ihre Moral zu untergraben;***

Or. en

Änderungsantrag 551
Petar Volgin

Entschließungsantrag
Erwägung BG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BG. in der Erwägung, dass ***sich*** hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen ***zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden*** Krisen ***entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die inneren Angelegenheiten*** der EU ***darstellen und die demokratischen Institutionen in allen***	BG. in der Erwägung, dass hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen ***in der Öffentlichkeit häufig als komplexe, umfassende und sektorübergreifende*** Krisen ***mit weitreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen dargestellt werden, obwohl es nur wenige überprüfbare Nachweise gibt, die solche systemischen Charakterisierungen in der Praxis unterstützen; in der Erwägung, dass solche Narrative zunehmend als Erklärungsansätze***

Mitgliedstaaten destabilisieren, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat;	***verwendet werden, bei denen die Gefahr besteht, dass die Aufmerksamkeit vom strukturellen wirtschaftlichen Niedergang innerhalb*** der EU ***und von der abnehmenden geopolitischen Bedeutung der Union abgelenkt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 552
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BG. in der Erwägung, dass sich hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die ***inneren Angelegenheiten der EU*** darstellen ***und die demokratischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten destabilisieren***, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat;	BG. in der Erwägung, dass sich hybride Bedrohungen, Einmischung aus dem Ausland und Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren ***von Institutionen,*** der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die ***Zukunft Europas*** darstellen, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat;

Or. en

Änderungsantrag 553
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Erwägung BG

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BG. in der Erwägung, dass sich ***hybride Bedrohungen,*** Einmischung aus dem	BG. in der Erwägung, dass sich Einmischung aus dem Ausland und

Ausland und Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die inneren Angelegenheiten der EU darstellen und die demokratischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten destabilisieren, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat;	Desinformationskampagnen zu komplexen, umfassenden und sektorübergreifenden Krisen entwickelt haben, die sich nachteilig auf die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt auswirken, eine zentrale Herausforderung für die inneren Angelegenheiten der EU darstellen und die demokratischen Institutionen in allen Mitgliedstaaten destabilisieren, wie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt hat;

Or. en

Änderungsantrag 554
Sandra Kalniete

Entschließungsantrag
Erwägung BG a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BGa. in der Erwägung, dass sich Russland weder zu seiner Rolle beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bekennt noch die Verantwortung für die Gräueltaten in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten übernimmt oder den Opfern Entschädigung anbietet; in der Erwägung, dass die Verbrechen und Völkermorde, die von kommunistischen Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert begangen wurden, im Gegensatz zu den Verbrechen des Nazi-Regimes keine umfassende internationale rechtliche und politische Bewertung und Verurteilung erfahren haben, was zur Instrumentalisierung der Geschichte unter Putins Herrschaft in Russland beigetragen hat;

Or. en

Änderungsantrag 555
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BGa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BGa. in der Erwägung, dass die Instrumente zur Aufdeckung und Faktenprüfung ausländischer Einflussnahme und Desinformation von böswilligen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren missbraucht werden; in der Erwägung, dass zum Beispiel die EU von ausländischen und prorussischen Akteuren, auch aus Belarus, beschuldigt wurde, sich in Polen in Wahlen eingemischt zu haben; in der Erwägung, dass das System der Faktenprüfung auch von russischen Akteuren aufgegriffen wurde, die nun behaupten, Faktenprüfer zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 556
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung BG a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BGa. in der Erwägung, dass der pensionierte iranische Brigadegeneral Mohsen Rafikdust das Regime in Teheran beschuldigt hat, vor über 30 Jahren in Frankreich den ehemaligen iranischen Premierminister Schapur Bachtiar und den Militärkommandanten Gholam Ali Oweissi sowie 1992 in Deutschland den Regimekritiker Fereydun Farrochsad ermordet haben zu lassen;

Or. en

Änderungsantrag 557
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BGb (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BGb. in der Erwägung, dass die russische Operation „Overload“ auf die Wahlen in Polen im Jahr 2025 abzielte, wobei terroristische Bedrohungen im Zusammenhang mit dem Wahlgang behauptet wurden, Migration instrumentalisiert wurde, ukrainische Flüchtlinge ins Visier genommen wurden und versucht wurde, das Vertrauen in die polnischen Institutionen zu untergraben; in der Erwägung, dass auf TikTok, Youtube, X und Facebook Videos veröffentlicht wurden, mit denen die Wahlen in Polen beeinflusst werden sollten, und dass die gemeldeten Inhalte nicht entfernt wurden; in der Erwägung, dass Radio Belarus Videos veröffentlicht hat, die darauf abzielten, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in Polen während des Wahlprozesses zu schwächen;

Or. en

Änderungsantrag 558
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BGc (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BGc. in der Erwägung, dass auf der Website der Topsportnews[.]co[.]uk 26 gefälschte KI-generierte Artikel veröffentlicht wurden, mit denen während

des Wahlkampfs Desinformationen verbreitet wurden, unter anderem über angebliche Suspendierungen von Kandidaten oder Änderungen von Daten; in der Erwägung, dass diese Artikel über ein verdächtiges nigerianisches Facebook-Konto oder über ein anonymes Facebook-Konto geteilt wurden; in der Erwägung, dass diese Konten darauf abzielten, Traffic und Werbeeinnahmen umzulenken; in der Erwägung, dass die Website einem italienischen Werbeunternehmen zugeordnet wird ist, das von Personen geleitet wird, die mit Nigeria in Verbindung stehen; in der Erwägung, dass diese Inhalte durch die algorithmische Verstärkung über die Facebook-Gruppe bis zu 25 000 Menschen erreicht haben;

Or. en

Änderungsantrag 559
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Erwägung BH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BH. in der Erwägung, dass zivile und militärische Vorsorge ***eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen, gesamtstaatlichen und gefahrenübergreifenden Ansatzes bedarf, bei dem die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sowie Unternehmen, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einbezogen werden***; in der Erwägung, dass ***diese Bemühungen mit langfristigen Investitionen, strategischer Vorausschau und der Verankerung von Resilienz in der Politikgestaltung, der Infrastrukturentwicklung, den Bildungssystemen und den Lieferketten***	BH. in der Erwägung, dass ***eine wirksame*** zivile und militärische Vorsorge ***auf der Existenz einer echten, nachweisbaren militärischen Bedrohung und nicht auf hypothetischen oder künstlich konstruierten Risikoszenarien beruhen muss***; in der Erwägung, dass ***nur unter diesen Bedingungen ein umfassender gesamtgesellschaftlicher und ressortübergreifender Ansatz als realistisch und gerechtfertigt angesehen werden kann***;

einhergehen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 560
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Erwägung BH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BH. in der Erwägung, dass zivile und militärische Vorsorge eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen, gesamtstaatlichen und gefahrenübergreifenden Ansatzes bedarf, bei dem die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sowie Unternehmen, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einbezogen werden; in der Erwägung, dass diese Bemühungen mit langfristigen Investitionen***, strategischer*** Vorausschau und der Verankerung ***von*** Resilienz in der Politikgestaltung, der Infrastrukturentwicklung, den Bildungssystemen und den Lieferketten ***einhergehen müssen***;	BH. in der Erwägung, dass zivile und militärische Vorsorge eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen, gesamtstaatlichen und gefahrenübergreifenden Ansatzes bedarf, bei dem die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sowie Unternehmen, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einbezogen werden; in der Erwägung, dass diese Bemühungen mit langfristigen Investitionen ***einhergehen müssen, die auf realistische Weise dem Ausmaß der Herausforderungen gerecht werden, sowie mit einem wirksamen koordinierten Einsatz der Mittel, einer strategischen*** Vorausschau und der Verankerung ***der*** Resilienz in der Politikgestaltung, der Infrastrukturentwicklung, den Bildungssystemen und den Lieferketten;

Or. en

Änderungsantrag 561
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung BH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BH. in der Erwägung, dass zivile und	BH. in der Erwägung, dass zivile und

militärische Vorsorge eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen, gesamtstaatlichen und gefahrenübergreifenden Ansatzes bedarf, bei dem die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sowie Unternehmen, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einbezogen werden; in der Erwägung, dass diese Bemühungen mit langfristigen Investitionen, strategischer Vorausschau und der Verankerung von Resilienz in der Politikgestaltung, der Infrastrukturentwicklung, den Bildungssystemen und den Lieferketten einhergehen müssen;

militärische Vorsorge eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen, gesamtstaatlichen und gefahrenübergreifenden Ansatzes bedarf, ***der den Austausch von Informationen und Technologien ermöglicht und*** bei dem die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sowie Unternehmen, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einbezogen werden; in der Erwägung, dass diese Bemühungen mit langfristigen Investitionen, strategischer Vorausschau und der Verankerung von Resilienz in der Politikgestaltung, der Infrastrukturentwicklung, den Bildungssystemen und den Lieferketten einhergehen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 562
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BH

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BH. in der Erwägung, dass zivile und militärische Vorsorge eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen, gesamtstaatlichen und gefahrenübergreifenden Ansatzes bedarf, bei dem die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sowie Unternehmen, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einbezogen werden; in der Erwägung, dass diese Bemühungen mit langfristigen Investitionen, strategischer Vorausschau und der Verankerung von Resilienz in der Politikgestaltung, der Infrastrukturentwicklung, den	BH. in der Erwägung, dass zivile und militärische Vorsorge eines umfassenden gesamtgesellschaftlichen, gesamtstaatlichen und gefahrenübergreifenden Ansatzes bedarf, bei dem die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten zusammen mit den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU sowie Unternehmen, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern einbezogen werden ***und die Zusammenarbeit mit ihnen erleichtert wird***; in der Erwägung, dass diese Bemühungen mit langfristigen Investitionen, strategischer Vorausschau und der Verankerung von Resilienz in der

Bildungssystemen und den Lieferketten einhergehen müssen;	Politikgestaltung, der Infrastrukturentwicklung, den Bildungssystemen und den Lieferketten einhergehen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 563
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung BI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist ***und*** dass die Vorsorge praktische Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss;	BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist***, wobei sicherzustellen ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Notfällen auf vertrauenswürdige und zugängliche Informationen zurückgreifen können, insbesondere über Rundfunknetze, da dies ein wesentliches Element einer wirksamen Vorsorge und Krisenreaktion ist, das es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, in Krisenzeiten angemessen zu reagieren; in der Erwägung, dass der terrestrische Rundfunk in der gesamten EU verfügbar ist und nach wie vor häufig die einzige Möglichkeit ist, die Bürger im Falle von Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Katastrophen zu informieren; in der Erwägung,*** dass die Vorsorge praktische Instrumente ***wie*** wie eine unionsweite Krisenwarn-App, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge ***in allen Alters- und Gesellschaftsschichten*** umfassen muss;

Or. en

Änderungsantrag 564
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Erwägung BI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist und dass die Vorsorge praktische Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss;	BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist und dass die Vorsorge praktische Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss; ***in der Erwägung, dass eine wirksame Vorsorge auch auf Wissen, Bildung und – sofern angemessen und verhältnismäßig – Weiterbildung, einschließlich Medienkompetenz und digitaler Kompetenz, kritischem Denken und Zugang zu zuverlässigen Informationen beruhen muss, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht nur auf Notfälle reagieren, sondern auch Risiken antizipieren, Manipulation erkennen und aktiv zur kollektiven Resilienz demokratischer Gesellschaften beitragen können;***

Or. en

Änderungsantrag 565
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Erwägung BI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist ***und dass die Vorsorge***	BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist;

praktische Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss;

Or. en

Änderungsantrag 566
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung BI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist und dass die Vorsorge praktische Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, ***eine*** Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss;	BI. in der Erwägung, dass die Stärkung der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist und dass die Vorsorge praktische Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, ***ergänzt durch nicht-digitale Formen der Warnung im Falle von Krieg, Stromausfall oder Internetausfall, eine in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten entwickelte*** Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss;

Or. en

Änderungsantrag 567
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BI

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BI. in der Erwägung, dass die Stärkung	BI. in der Erwägung, dass die Stärkung

der Bürgerteilhabe für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist und dass die Vorsorge praktische Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss;	***des Bewusstseins der Bürgerinnen und Bürger*** für die Resilienz der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist und dass die Vorsorge praktische ***Fähigkeiten und Kenntnisse im Bereich des Zivilschutzes, ergänzt durch geeignete*** Instrumente wie eine unionsweite Krisenwarn-App, eine Informationsbroschüre zur Notfallvorsorge von Haushalten und weitreichende Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der Selbstversorgung und Krisenvorsorge umfassen muss;

Or. en

Änderungsantrag 568
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BJ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BJ. in der Erwägung, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit, Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck und die Einbeziehung der Vorsorge in Bildungsprogramme von wesentlicher Bedeutung sind, um die Verteidigungsbereitschaft durch gezielte Schulungen nicht nur für Beschäftigte in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleute, Gesundheitsfachkräfte und öffentliche Bedienstete, sondern auch für Akteure der Zivilgesellschaft und die breite Öffentlichkeit zu verbessern;	BJ. in der Erwägung, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit, Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck und die Einbeziehung der Vorsorge in Bildungsprogramme von wesentlicher Bedeutung sind, um die Verteidigungsbereitschaft durch gezielte Schulungen nicht nur für Beschäftigte in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleute, Gesundheitsfachkräfte und öffentliche Bedienstete, sondern auch für Akteure der Zivilgesellschaft und die breite Öffentlichkeit zu verbessern; ***in der Erwägung, dass sich weniger als die Hälfte der EU-Bürger bereit erklärt haben, das Land, in dem sie leben, zu verteidigen, was darauf hindeutet, dass der Förderung staatsbürgerlicher und patriotischer Einstellungen, die auf der Verantwortung für die Gemeinschaft, dem Bewusstsein für Bedrohungen und dem Verständnis der Rolle der Bürger bei der Gewährleistung der Sicherheit des Landes beruhen, mehr Aufmerksamkeit gewidmet***

werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 569
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Erwägung BJ

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BJ. in der Erwägung, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit, Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck und die Einbeziehung der Vorsorge in Bildungsprogramme von wesentlicher Bedeutung sind, um die Verteidigungsbereitschaft durch gezielte Schulungen nicht nur für Beschäftigte in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleute, Gesundheitsfachkräfte und öffentliche Bedienstete, sondern auch für Akteure der Zivilgesellschaft und die breite Öffentlichkeit zu verbessern;	BJ. in der Erwägung, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit, Fähigkeiten mit doppeltem Verwendungszweck und die Einbeziehung der Vorsorge in Bildungsprogramme von wesentlicher Bedeutung sind, um die Verteidigungsbereitschaft durch gezielte Schulungen nicht nur für Beschäftigte in kritischen Sektoren wie Feuerwehrleute, Gesundheitsfachkräfte und öffentliche Bedienstete, sondern auch für Akteure der Zivilgesellschaft und die breite Öffentlichkeit zu verbessern; ***in der Erwägung, dass ähnliche Ansätze in Mittel- und Osteuropa im Rahmen der zu Sowjetzeiten angewandten Modelle der „totalen Vorsorge“ umfassend zum Einsatz kamen;***

Or. en

Änderungsantrag 570
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung BK

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BK. in der Erwägung, dass technologische Souveränität und sichere digitale Ökosysteme, ***einschließlich Projekten*** wie IRIS² und ***dem europäischen*** System für kritische	BK. in der Erwägung, dass technologische Souveränität und sichere digitale Ökosysteme, ***darunter auch Projekte*** wie IRIS² und ***das Europäische*** System für kritische Kommunikation, von

Kommunikation, von entscheidender Bedeutung sind, um die Kontrolle über wesentliche Kommunikationskanäle zu behalten und kritische Infrastruktur zu stärken;	entscheidender Bedeutung sind, um die Kontrolle über wesentliche Kommunikationskanäle zu behalten und kritische Infrastruktur zu stärken ***und die Energieautarkie sicherzustellen, einschließlich der Kontrolle über die Energieinfrastruktur***;

Or. en

Änderungsantrag 571
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BK a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BKa. in der Erwägung, dass die Wahrung der europäischen Souveränität im Forschungsbereich im weitesten Sinne von entscheidender Bedeutung ist, um die Unabhängigkeit Europas, beispielsweise im Technologiesektor, sicherzustellen; in der Erwägung, dass es auch von entscheidender Bedeutung ist, unabhängige Analysekapazitäten in anderen Bereichen wie Sprachenlernen, Menschenrechtsstudien und Kulturstudien beizubehalten, um zu verhindern, dass nationale Analysekapazitäten verloren gehen und eine Abhängigkeit gegenüber einer Reihe von Ländern entsteht, die voreingenommene Analysen bereitstellen; in der Erwägung, dass Berichten zufolge einige Universitäten im Vereinigten Königreich Menschenrechtsstudien über Zwangsarbeit von Uiguren auf chinesischen Druck hin gestoppt haben;

Or. en

Änderungsantrag 572

Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BL

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BL. in der Erwägung, dass die Vorsorge von einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und internationalen Partnern abhängt, die durch gemeinsame Übungen und Schulungen, gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung und einen raschen Informationsaustausch unterstützt wird;	BL. in der Erwägung, dass die Vorsorge von einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, den Mitgliedstaaten und internationalen Partnern abhängt, die durch gemeinsame Übungen und Schulungen, gemeinsame Plattformen zur Lageerfassung und einen raschen Informationsaustausch unterstützt wird; ***in der Erwägung, dass Taiwan als führender Partner im Hinblick auf die Lageerfassung im Juli 2025 eine umfassende gesamtgesellschaftliche Übung organisiert hat;***

Or. en

Änderungsantrag 573
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BLa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BLa. in der Erwägung, dass die Nordatlantik-Allianz seit 2016 öffentlich erklärt, dass hybride Maßnahmen, die sich gegen einen oder mehrere Verbündete richten, zu einer Entscheidung führen könnten, Artikel 5 des Nordatlantikvertrags geltend zu machen; in der Erwägung, dass das Bündnis im Einklang mit der NATO-Politik zwar bereit ist, im Rahmen der kollektiven Verteidigung jeden Bündnispartner bei der Abwehr hybrider Bedrohungen zu unterstützen, die Hauptverantwortung für die Reaktion auf hybride Bedrohungen oder Angriffe

jedoch beim betroffenen Land liegt; in der Erwägung, dass 223der 27 EU-Mitgliedstaaten auch der NATO angehören; in der Erwägung, dass die EU bei der Bewältigung hybrider Bedrohungen eine unterstützende und ergänzende Rolle spielen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 574
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BLb (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BLb. in der Erwägung, dass die Staats- und Regierungschefs der NATO im Juli 2018 vereinbart haben, Teams zur Unterstützung der Abwehr hybrider Bedrohungen einzurichten, die den Verbündeten auf Anfrage maßgeschneiderte Unterstützung bei der Vorbereitung und Reaktion auf hybride Aktivitäten leisten; in der Erwägung, dass der Sonderkoordinator für hybride Bedrohungen – eine im Jahr 2025 geschaffene Stelle – als hochrangige Anlaufstelle für die gesamte Arbeit der NATO zur Abwehr hybrider Bedrohungen dient und sicherstellt, dass die Reaktion der NATO robust, wirksam und kohärent bleibt; in der Erwägung, dass die HR/VP innerhalb der EU ein zentrales Mandat im Bereich hybrider Bedrohungen hat und der wichtigste Partner der Union mit der NATO in diesem Bereich bleiben sollte; in der Erwägung, dass in den letzten Jahren Bedenken hinsichtlich der Versuche geäußert wurden, die Zuständigkeiten der Kommission auf Kosten der zwischenstaatlichen Dimension und der HR/VP auszuweiten, was zu einer verstärkten Zentralisierung geführt hat, die sich insbesondere im Zusammenhang mit der Reaktion auf

hybride Bedrohungen als kontraproduktiv erwiesen hat;

Or. en

Änderungsantrag 575
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung BLc (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BLc. in der Erwägung, dass Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung ist, um hybride Bedrohungen abzuwehren; in der Erwägung, dass das Europäische Kompetenzzentrum für die Abwehr hybrider Bedrohungen mit Sitz in Helsinki (Finnland), das von 32 teilnehmenden Ländern sowie der NATO und der EU unterstützt wird, als Kompetenzzentrum dient, das die teilnehmenden Länder bei der Verbesserung ihrer zivil-militärischen Fähigkeiten, Resilienz und Vorsorge zur Abwehr hybrider Bedrohungen unterstützt; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten in diesem Bereich zahlreiche spezialisierte Einrichtungen und Strukturen geschaffen haben; in der Erwägung, dass der langjährigen Arbeit spezialisierter Strukturen innerhalb des EAD sowie des Exzellenzzentrums der NATO für strategische Kommunikation in Riga besondere Anerkennung geschenkt werden sollte; in der Erwägung, dass es nicht notwendig ist, zusätzliche sich überschneidende Einrichtungen zu schaffen oder solche Funktionen unter dem Dach der Kommission zu zentralisieren, wenn bereits wirksame Strukturen vorhanden sind;

Or. en

Änderungsantrag 576
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Erwägung BM

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BM. in der Erwägung, dass der Aufbau einer belastbaren Resilienz und die Erreichung eines ausreichenden Maßes an ziviler und militärischer Vorsorge massive Investitionen ***erfordern, um die*** technologische und industrielle Basis Europas ***zu stärken und strategische*** Abhängigkeiten ***zu verringern***; in der Erwägung, dass ***für diese Bemühungen neue gezielte Finanzierungsmechanismen erkundet werden müssen***;	BM. in der Erwägung, dass der Aufbau einer belastbaren Resilienz und die Erreichung eines ausreichenden Maßes an ziviler und militärischer Vorsorge massive Investitionen ***in die fragmentierte*** technologische und industrielle Basis Europas ***und die Verringerung strategischer*** Abhängigkeiten ***erfordert***; in der Erwägung, dass ***die industrielle Basis Europas derzeit mit einer erheblichen und strukturellen Krise konfrontiert ist, die durch eine rasche Deindustrialisierung, hohe Energiekosten und ein Regulierungsumfeld gekennzeichnet ist, das nicht in der Lage war, Anreize für ausreichende Investitionen zu schaffen***;

Or. en

Änderungsantrag 577
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Erwägung BM

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BM. in der Erwägung, dass der Aufbau einer belastbaren Resilienz und die Erreichung eines ausreichenden Maßes an ziviler und militärischer Vorsorge massive Investitionen erfordern, um die technologische und industrielle Basis Europas zu stärken und strategische Abhängigkeiten zu verringern; in der Erwägung, dass für diese Bemühungen neue gezielte Finanzierungsmechanismen erkundet werden müssen;	BM. in der Erwägung, dass der Aufbau einer belastbaren Resilienz und die Erreichung eines ausreichenden Maßes an ziviler und militärischer Vorsorge massive Investitionen erfordern, um die technologische und industrielle Basis Europas zu stärken und strategische Abhängigkeiten ***– insbesondere im digitalen Bereich –*** zu verringern; in der Erwägung, dass für diese Bemühungen neue gezielte Finanzierungsmechanismen erkundet werden müssen;

Or. fr

Änderungsantrag 578
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung BM

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
BM. in der Erwägung, dass der Aufbau einer belastbaren Resilienz und die Erreichung eines ausreichenden Maßes an ziviler und militärischer Vorsorge massive Investitionen erfordern, um die technologische und industrielle Basis Europas zu stärken und strategische Abhängigkeiten zu verringern; in der Erwägung, dass für diese Bemühungen neue gezielte Finanzierungsmechanismen erkundet werden müssen;	BM. in der Erwägung, dass der Aufbau einer belastbaren Resilienz und die Erreichung eines ausreichenden Maßes an ziviler und militärischer Vorsorge massive Investitionen erfordern, um die technologische und industrielle Basis Europas zu stärken und strategische Abhängigkeiten ***gegenüber Drittstaaten*** zu verringern; in der Erwägung, dass für diese Bemühungen neue gezielte Finanzierungsmechanismen erkundet werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 579
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Erwägung BMa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMa. in der Erwägung, dass Diasporagruppen in der EU eine entscheidende Rolle im demokratischen Leben spielen, da sie Informationen weitergeben und erläutern, Verbindungen zwischen dem zivilgesellschaftlichen Raum und transnationalen Netzwerken herstellen und zu einer fundierten öffentlichen Debatte beitragen; in der Erwägung, dass ihre vielfältigen Informationsbeschaffungs- und Kommunikationsverfahren für den

Pluralismus von wesentlicher Bedeutung sind, aber von ausländischen Akteuren ausgenutzt werden können, die versuchen, Narrative zu formen oder abweichende Meinungen zu unterdrücken; in der Erwägung, dass ausländische Akteure Strategien zur Manipulation von Informationen an das Publikum der Diaspora anpassen, indem sie Inhalte lokalisieren, kulturelle, sprachliche und identitätsbasierte Affinitäten ausnutzen und Narrative in die Medien und sozialen Netzwerke der Diaspora einbetten, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen und die Wahrnehmung zu beeinflussen; in der Erwägung, dass diese Taktiken gezielte Kampagnen in den sozialen Medien, unauthentische Verstärkung, die Nutzung von Kommunikationskanälen der Gemeinschaft und Narrative umfassen können, die mit Problemen der Heimat oder transnationalen Identitäten in Verbindung stehen, wodurch Meinungen gebildet und der demokratische Zusammenhalt in der EU geschwächt wird; in der Erwägung, dass eine solche Einmischung den sozialen Zusammenhalt, das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Integrität des öffentlichen Diskurses untergräbt;

Or. en

Änderungsantrag 580
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung BMa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMa. in der Erwägung, dass dieser Bericht zu allgemein formuliert ist und sein Wortlaut es ermöglicht, ein breites Spektrum von Maßnahmen und Zielen, ob positiv oder negativ, zu verfolgen; in

der Erwägung, dass die in der Mitteilung des Gemeinsamen Ausschusses vom 12. November 2025 enthaltenen Informationen, in der zumindest die grundlegenden Elemente des von der Kommission beabsichtigten Ansatzes dargelegt werden, in diesem Bericht weder berücksichtigt noch inhaltlich behandelt werden;

Or. en

Änderungsantrag 581
Michał Wawrykiewicz, Bartłomiej Sienkiewicz, Mika Aaltola, Tomas Tobé, Sandra Kalniete, Eszter Lakos, Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Erwägung BMa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMa. In der Erwägung, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie darauf abzielt, auf sich ständig weiterentwickelnde und wachsende Bedrohungen für demokratische Systeme, einschließlich Einflussnahme von außen, Desinformation und hybrider Angriffe, zu reagieren, und daher einen kontinuierlichen und strukturierten Überprüfungsprozess erfordert, um seine Wirksamkeit und Anpassungsfähigkeit sicherzustellen und eines hohes Ambitionsniveau beizubehalten;

Or. en

Änderungsantrag 582
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Erwägung BMa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMa. In der Erwägung, dass die EU ein Instrument gegen Zwangsmaßnahmen verabschiedet hat, das am 27. Dezember 2023 in Kraft getreten ist, um die EU und ihre Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 583
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Erwägung BMa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMa. In der Erwägung, dass Mechanismen zur Bekämpfung von Desinformation nicht dazu missbraucht werden dürfen, die staatliche Kontrolle über Informationsflüsse zu zentralisieren oder politischen Druck auf die Medien und die Zivilgesellschaft auszuüben;

Or. en

Änderungsantrag 584
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung BMa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMa. In der Erwägung, dass ein wirksamer Schutz demokratischer Prozesse nicht nur solide Rechtsvorschriften, sondern auch eine kontinuierliche demokratische Kontrolle ihrer Umsetzung auf Unionsebene und auf nationaler Ebene erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 585
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung BMb (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMb. in der Erwägung, dass die Bürger das Recht haben, sich ihre eigene Meinung zu bilden und diese kundzutun; in der Erwägung, dass es kein Netz sogenannter Faktenprüfer geben sollte, das direkt oder indirekt von der Kommission finanziert wird und die Aufgabe hat, zu bestimmen, was wahre oder falsche Informationen sind, oder zu entscheiden, was gesagt werden darf oder nicht, und auf diese Weise als Wahrheitsrichter zu fungieren und die legitime öffentliche Debatte einzuschränken;

Or. en

Änderungsantrag 586
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung BMb (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMb. In der Erwägung, dass unabhängige und gemeinschaftsbasierte Initiativen zur Faktenprüfung eine immer wichtigere Rolle bei der Bekämpfung von Desinformationen im Internet und bei der Förderung der Medienkompetenz an der Basis spielen;

Or. en

Änderungsantrag 587

Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung BMc (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMc. in der Erwägung, dass die Finanzierung der Zivilgesellschaft nicht transparent ist und sich die EU-Organe wiederholt geweigert haben, vollständige und detaillierte Informationen über die Finanzierung der Zivilgesellschaft zu veröffentlichen; in der Erwägung, dass bestimmte Organisationen, die sich als „Zivilgesellschaft“ darstellen, in erster Linie die öffentliche Debatte und die öffentliche Meinung beeinflussen und systematisch versuchen, auf Wahlprozesse in der EU und den Mitgliedstaaten Einfluss zu nehmen;

Or. en

Änderungsantrag 588
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung BMd (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMd. in der Erwägung, dass das Konzept der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland nicht als Vorwand für Massenüberwachung, Profilerstellung oder andere Formen der internen Überwachung europäischer Bürger oder für die Einschränkung rechtmäßiger Äußerungen und demokratischer Debatten oder als Instrument zur Zensur, das als „Politik zur Bekämpfung von Desinformation“ getarnt wird, instrumentalisiert werden darf;

Or. en

Änderungsantrag 589
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung BMe (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMe. in der Erwägung, dass beim Schutz demokratischer Werte und bei der Bekämpfung von Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte, der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiarität stets den am wenigsten einschneidenden Maßnahmen der Vorzug gegeben werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 590
Jaroslav Bžoch, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung BMf (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMf. in der Erwägung, dass der demokratische Diskurs politischen Pluralismus und echte Meinungsvielfalt erfordert; in der Erwägung, dass politische und mediale Narrative, die die Gesellschaft künstlich in gegensätzliche Lager spalten, wie etwa „Demokraten gegen Extremisten“, „Pro-Europa gegen Anti-Europa“ oder „Pro-West gegen Russland“, den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen, legitime politische Positionen stigmatisieren und den demokratischen Prozess verzerren;

Or. en

Änderungsantrag 591
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung BMg (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMg. in der Erwägung, dass dieser Bericht zusammen mit anderen Initiativen der Kommission und der damit verbundenen Gemeinsamen Mitteilung den Weg für eine schrittweise Übertragung von Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten auf die Union zu ebnen droht, wodurch die Befugnisse der Kommission zulasten der nationalen Souveränität gestärkt werden; in der Erwägung, dass eine solche Entwicklung die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit untergräbt und das in den Verträgen verankerte institutionelle Gleichgewicht zu stören droht; in der Erwägung, dass dieses institutionelle Gleichgewicht gewahrt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 592
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung BMh (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMh. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten weiterhin die Hauptverantwortung für die nationale Sicherheit tragen und über eigene Nachrichtendienste und Strafverfolgungsbehörden verfügen; unter Hinweis auf die bestehenden Einrichtungen und Mechanismen der EU im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und darauf, dass eine

Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Agenturen bereits besteht;

Or. en

Änderungsantrag 593
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Erwägung BMi (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMi. unter Hinweis auf die Verträge und den Besitzstand der Union;

Or. en

Änderungsantrag 594
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Erwägung BMj (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMj. unter Hinweis auf die aktuellen geopolitischen Entwicklungen, einschließlich der weltweiten Verbreitung destabilisierender Narrative und Einflussnahme;

Or. en

Änderungsantrag 595
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung BMk (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	BMk. in der Erwägung, dass

Organisationen der Zivilgesellschaft eine legitime Rolle in der demokratischen Debatte spielen können; in der Erwägung, dass jedoch Bedenken hinsichtlich des zunehmenden Einflusses sogenannter „politischer NGOs“ geäußert wurden, die als Interessenvertreter am politischen Prozess mitwirken; in der Erwägung, dass solche Organisationen in einigen Fällen möglicherweise politische Ziele verfolgen, die mit denen politischer Parteien vergleichbar sind, ohne denselben Anforderungen an Transparenz, Rechenschaftspflicht und demokratische Kontrolle zu unterliegen; in der Erwägung, dass der Mangel an vollständiger Transparenz in Bezug auf ihre Finanzierungsquellen, einschließlich ausländischer oder indirekter Finanzierung, das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben, die demokratische Entscheidungsfindung verzerren und einer unzulässigen Einflussnahme Tür und Tor öffnen kann; in der Erwägung, dass der Schutz der Demokratie erfordert, dass der politische Einfluss in der Union transparent ist und klaren Regeln unterliegt, wobei die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung uneingeschränkt zu achten sind;

Or. en